

3/1996 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

7. Gespräch zur Zukunftssicherung und für
mehr Beschäftigung beim Bundeskanzler

Ein positives Signal

Die Bundesregierung hat die Kanzlerrunde für mehr Beschäftigung und Wachstum am 23. Januar als ein „positives Signal“ an alle Betroffenen bewertet und „europaweit ohne Beispiel“ genannt.

Kanzleramtsminister Friedrich Bohl und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärten vor der Presse in Bonn, daß das im Bundeskanzleramt beschlossene Grundsatzpapier die Gewähr dafür biete, in den kommenden Monaten einen entscheidenden Schritt voranzukommen.

Wichtigstes Ziel: Die Halbierung der Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2000. Die gemeinsame Plattform von Bundesregierung, Arbeitnehmern und Arbeitgebern werde deshalb nicht nur Absichtserklärung bleiben.

Norbert Blüm erklärte: Das von den Gewerkschaften vorgelegte Programm „Bündnis für Arbeit“ sei „eine Messe wert“. Mehrfach unterstrich er, daß der Schutz der Rentenkasse oberstes Gebot sei. Die heutige Möglichkeit der Frühverrentung blute aber die Rentenkasse aus. Blüm betonte, an den bereits geltenden Renten-Regelungen würde sich allerdings nichts ändern. (Wortlaut des Grundsatzpapiers: Seite 2–6).

HEUTE AKTUELL

- **Aus dem Bundestag**
Wolfgang Schäuble: Gute Chancen für die Zukunft in mehr Beschäftigung umsetzen. Seite 8
- **Staatsaufgaben**
Rupert Scholz: Zielvorstellungen für den Sachverständigenrat „Schlanker Staat“. Seite 24
- **Bosnien-Herzegovina**
Erwin Marschewski: Keine überstürzte Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge. Seite 28
- **Fremdrenten**
Sozialversicherungsabkommen mit Israel und den USA ergänzt. Seite 32
- **Alfred Dregger**
Gradlinig im Denken, verlässlich im politischen Handeln. Empfang zu seinem 75. Geburtstag. Seite 34
- **Vor 50 Jahren**

Generalsekretär Peter Hintze: Die Geschichte hat Konrad Adenauer recht gegeben. Feierstunde im historischen Ratssaal von Herford. Seite 36

Am 23. Januar 1996 haben sich Bundesregierung, Spitzenrepräsentanten der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften im 7. Gespräch zur Zukunftssicherung und für mehr Beschäftigung beim Bundeskanzler auf ein "Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung" verständigt. Es hat folgenden Wortlaut:

Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung

I. Herausforderungen

Der Standort Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Sie werden durch die gegenwärtig schwache Konjunkturentwicklung noch verstärkt. Weltweit verschärft sich der Wettbewerb. Strukturelle Veränderungen zur Wahrung von Zukunftschancen für Wachstum und Beschäftigung sind einzuleiten. Aktuell müssen Wachstum gestärkt und Beschäftigung stabilisiert, die Attraktivität Deutschlands als Investitions- und Beschäftigungsstandort verbessert werden. Zukunftsmärkte müssen erschlossen werden - im Inland wie im Ausland. Dies wie der Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit erfordern neue Strategien und wirksame Beiträge aller für Wirtschaft und Beschäftigung Verantwortlichen in Deutschland.

Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik werden sich dieser Verantwortung in einem Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung gemeinsam im Rahmen ihrer Handlungsautonomie stellen. Selbst wenn in Einzelfragen Meinungsunterschiede bestehen, ist es notwendig, im Rahmen gemeinsamer Orientierungen eigenverantwortlich zur Lösung der Probleme möglichst eng zusammenzuwirken.

Die Chancen, den internationalen Standortwettbewerb erfolgreich zu bestehen und die Risiken zu begrenzen, sind für den Standort Deutschland günstig. Der Standort Deutschland zeichnet sich einerseits aus durch eine hervorragende Infrastruktur, eine hohe Qualifikation seiner Arbeitnehmer, einen leistungsfähigen Mittelstand, durch wirtschaftliche und soziale Stabilität. Wirtschaft und Wissenschaft gehören zu den leistungsfähigsten der Welt.

Dennoch besteht akuter Handlungsbedarf. Dies zeigt die geringe Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen in Deutschland bei steigendem Auslandsengagement deutscher Unternehmen. Auch der Personalabbau in vielen Großunternehmen, die schwierige Lage am Arbeitsmarkt, Probleme bei Betriebsübergängen in der mittelständischen Wirtschaft oder Innovations- und Umsetzungsdefizite bei Zukunftstechnologien unterstreichen die Notwendigkeit umzudenken und zu handeln. Es gilt, dem Standort Deutschland neue Impulse zu geben, die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu stärken und mehr Beschäftigung zu erreichen.

Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung streben einen **nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung** an und setzen

sich das **gemeinsame Ziel, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu halbieren**. Dies ist erreichbar, wenn keine zusätzlichen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt auftreten und wenn alle Verantwortlichen ihr Handeln an diesem Ziel ausrichten. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre hatten Staat und Tarifpartner mit einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Tarifpolitik schon einmal einen kräftigen Aufschwung am Arbeitsmarkt angestoßen und 1,2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in Westdeutschland geschaffen.

II. Orientierungen

1. Rahmenbedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen verbessern

Verbesserte Rahmenbedingungen für private Initiative und arbeitsplatzschaffende Investitionen stärken die Wachstumsgrundlagen und fördern die Neugründung von Unternehmen gerade auch in zukunftsorientierten Wachstums- und Beschäftigungsfeldern.

● In der mittelständischen Wirtschaft liegt das größte Potential für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Jeder Existenzgründer bietet im Durchschnitt vier weiteren Menschen Arbeit. Es bedarf deshalb einer **neuen Kultur der Selbständigkeit** und einer breiten, von allen Beteiligten getragenen Initiative für mehr Existenzgründungen. Die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen muß gestärkt werden. Die Bundesregierung wird die steuerlichen Rahmenbedingungen für **Existenzgründer und Betriebsnachfolger** weiter verbessern. Die Wirtschaft, ihre Verbände und die Kammern werden ihre Beratungsangebote verstärken und sich vermehrt in Patenschaften und Kooperationen engagieren.

● Der Markt für **Risikokapital** für Existenzgründer und zur Existenzsicherung mittelständischer Unternehmen ist in Deutschland im internationalen Vergleich unterentwickelt. Die Chancen neuer Produkte und neuer Arbeitsplätze können nicht ausreichend genutzt werden. Die Bundesregierung wird deshalb kurzfristig ein Konzept für einen verbesserten Zugang zu Risikokapital vorlegen, mit allen Beteiligten erörtern und zügig umsetzen.

● Dem sich im Strukturwandel fortsetzenden Wegfall insbesondere von industriellen Arbeitsplätzen muß durch **Erschließen neuer Beschäftigungsfelder** begegnet werden. Um diese Chancen zu wahren und mögliche Hemmnisse abzubauen, werden die Beratungen im Rahmen der Zukunftsgespräche in folgenden Beschäftigungsfeldern zügig weitergeführt: haushalts- und pflegebezogene Dienstleistungen, neuartige Dienstleistungen in Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen, neue Medien, Biotechnologie, Handel, Verkehr, Umwelt und Energie.

● Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften werden die im Rahmen der Zukunftsgespräche geführten **Branchendialoge** zielgerichtet fortsetzen, auswerten und daraus Schlußfolgerungen für den Standort Deutschland ziehen.

● Eine zu hohe **Staatsquote** hemmt die wirtschaftliche Dynamik, engt Spielräume für Eigeninitiative ein und mindert die Leistungsbereitschaft der Bürger. Durch eine deutliche Rückführung der Staatsquote müssen neue Handlungsspielräume insbesondere für arbeitsplatzschaffende, private Investitionen gewonnen werden.

Die Politik zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird die Bundesregierung deshalb konsequent fortsetzen; sie strebt dazu einen Stabilitätspakt aller Gebietskörperschaften an.

● Das **Steuersystem** muß weiter wachstums- und beschäftigungsfreundlich ausgestaltet und vereinfacht werden.

● **Planungs- und Genehmigungsverfahren** werden vereinfacht und beschleunigt, damit Investitionen in Deutschland schneller zu neuen Arbeitsplätzen führen. Neue Instrumente wie Vorbehaltsgenehmigungen, Rahmengenutzungen und Anzeigeverfahren sollen zu einer wesentlichen Beschleunigung der Genehmigungsverfahren führen, ohne die Belange Dritter oder Umweltschutzerfordernisse zu beeinträchtigen.

● Den **Sozialstaat** zu sichern und zu festigen ist gemeinsames Ziel und gemeinsame Aufgabe. Seine Finanzierungsgrundlagen müssen durch Reformen erhalten bleiben. Die Sozialbeiträge insgesamt und die **Sozialabgabenquote** müssen stabilisiert und **bis zum Jahr 2000 wieder auf unter 40%** zurückgeführt werden. Eigenvorsorge muß ein wachsendes Gewicht erhalten. Über die hierzu wie zur Begrenzung und Verringerung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten erforderlichen Maßnahmen werden die bisher bereits geführten Gespräche fortgesetzt und vertieft.

▶ Die Praxis der **Frühverrentung** wird abgelöst durch eine neue sozialvertragliche Möglichkeit eines gleitenden Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand (Altersteilzeit).

▶ In der **Rentenversicherung** muß das Versicherungsprinzip gestärkt, schrittweise das tatsächliche Renteneintrittsalter auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung erhöht werden.

▶ Das **Arbeitsförderungsrecht** muß unter Berücksichtigung der ihm zugrunde liegenden Prinzipien mit dem Ziel einer stärkeren Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen und der Effizienzsteigerung der Instrumente zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt reformiert werden.

▶ Im **Gesundheitswesen** müssen Kostenbegrenzung durch mehr Wettbewerb,

größere Selbstverantwortung und mehr Befugnisse und Verantwortung der Selbstverwaltungen erreicht werden.

● Die Vertreter der Sozialpartner und des Staates in den Selbstverwaltungen der Sozialversicherung sind aufgefordert, im Rahmen ihrer Verantwortung alle Möglichkeiten der Kostenbegrenzung und zum Erschließen von Wirtschaftlichkeitsreserven zur Stabilisierung der Beitragssätze zu nutzen.

● Angesichts knapper Kassen müssen steuerfinanzierte Sozialleistungen zielgenauer auf jene Personengruppen konzentriert werden, die der Hilfe der Allgemeinheit am stärksten bedürfen.

2. Die Arbeitswelt stärker investitions- und beschäftigungsfördernd gestalten

Tarifautonomie und starke Tarifpartner sind zentrale Pfeiler positiver Zukunftsperspektiven. Zur Gestaltung von Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen bleibt der **Flächentarifvertrag** das geeignete Instrument. Er wird dem Erfordernis der Flexibilisierung Rechnung tragen, die Handlungsmöglichkeiten der Betriebspartner werden erweitert.

Die Repräsentanten von Wirtschaft und Gewerkschaften treten ein für eine **Tarifpolitik der Beschäftigungssicherung** und des Beschäftigungsaufbaus bei gleichzeitiger Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Dabei wird als erreichbar angesehen, einerseits im Rahmen aller gegebenen Möglichkeiten Beschäftigungssicherung zu realisieren und entstehende Handlungsräume für **Neueinstellungen** zu nutzen, andererseits durch eine **moderate Tarifpolitik** die Bedingungen für Beschäftigungsaufbau und Abbau der Arbeitslosigkeit zu verbessern.

Vorstellbar ist ein breites Spektrum von Maßnahmen:

● **Flexiblere Arbeitszeiten** ermöglichen sowohl die Senkung betrieblicher Kosten und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als auch die Erhöhung der Zeitsouveränität von Arbeitnehmern.

▶ **Arbeitszeitkonten** können im besonderen Maße diesem Ziel dienen und neue Formen der Arbeitszeitgestaltung bis hin zur Flankierung gleitender Übergänge in den Ruhestand ermöglichen. Die Bundesregierung wird gegebenenfalls entgegenstehende rechtliche Hemmnisse prüfen und ausräumen.

▶ **Überstunden** sollten - wo immer möglich - vermieden und möglichst in die Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes umgesetzt werden; dazu können beispielsweise die Instrumente zunächst befristeter Beschäftigung ebenso wie Arbeitszeitkonten genutzt werden.

▶ Das zu geringe Angebot an sozialversicherungspflichtigen **Teilzeitarbeitsplätzen** muß erweitert werden; besondere Anstrengungen werden zugunsten familienfreundlicher Teilzeit- und Altersteilzeitarbeitsplätze unternommen.

● Besonderes Augenmerk soll auf die schwierige Situation **Langzeitarbeitsloser** und anderer am Arbeitsmarkt **benachteiligter Gruppen** gerichtet werden. Entsprechende tarifvertragliche Regelungen - wie beispielsweise in der chemischen Industrie vereinbart - müssen stärker genutzt werden.

● Der Aufbau einer ertragsabhängigen Säule kann das Instrumentarium der Tarifpolitik erweitern, beispielsweise im Bereich der **Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand**.

● Geprüft werden sollen in gemeinsamen Gesprächen Möglichkeiten zur Verringerung von **Fehlzeiten** in den Betrieben.

3. Impulse für Forschung und Innovation sowie Bildung und Weiterbildung verstärken

Die Zukunft des Standortes Deutschland hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit und Kreativität der Forschung ab, ebenso von den Bedingungen, die heute für Entwicklung und Einführung neuer Produkte bestehen, aber auch von einem für Neuerungen offenen Klima in der Gesellschaft. Grundlage bildet der weiterhin hohe Stellenwert, den Wissenschaft und Forschung in Deutschland einnehmen sowie die Qualität und Anpassungsfähigkeit des Bildungs- und Ausbildungssystems an die Anforderungen der Zukunft. Hier wird auf lange Sicht die Zukunft des Standortes entschieden.

● Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft müssen verstärkt, die Forschungsförderung des Staates noch effizienter eingesetzt und schrittweise ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit und der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist zu intensivieren und zielgenauer auf Anwendungen hin auszugestalten. Die hier in den letzten Jahren erzielten Fortschritte müssen gefestigt und - insbesondere im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmen - ausgebaut werden.

● Die Ergebnisse der Forschung müssen angesichts des globalen Wettbewerbs schneller in neue Produkte und neue Produktionsverfahren umgesetzt werden, um die sich bietenden Chancen auf neuen Märkten zu nutzen. Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft werden deshalb den begonnenen Technologie- und Innovationsdialog fortsetzen, um Innovationshemmnisse in Deutschland frühzeitig zu erkennen und abzubauen, Innovationsprozesse zu optimieren und das Innovationsklima in Deutschland allgemein zu verbessern.

● Das bewährte System **dualer Berufsausbildung** muß gesichert, gestärkt und zügig den Anforderungen der Zukunft angepaßt werden:

- ▶ Die Repräsentanten der Wirtschaft bekräftigen ihre Zusage vom Frühjahr 1995, die **Zahl der Ausbildungsstellen** bis 1997 um circa 10 % zu erhöhen und eine überproportionale Steigerung in den neuen Bundesländern zu erreichen.
- ▶ Die Erhöhung der Zahl der Lehrstellen sollte von den Tarifpartnern gemeinsam durchgesetzt werden.
- ▶ Die Schaffung neuer, auf zukunftsorientierte Tätigkeitsfelder bezogene **Berufsbilder** und die Anpassung der Ausbildung an den Strukturwandel werden vorangetrieben.
- ▶ **Betriebliche Ausbildungen** sind außerbetrieblichen **vorzuziehen**.
- ▶ **Rechtliche Hemmnisse**, die einer Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes entgegenstehen könnten, werden überprüft und beseitigt.
- ▶ **Berufsschulzeiten** sollen organisatorisch stärker den Bedürfnissen der Betriebe angepaßt werden.
- ▶ Angesichts der sich absehbar verstärkenden Anspannung am Lehrstellenmarkt muß im Zweifel gelten: **Ausbildung geht vor Übernahme** in ein sich anschließendes Beschäftigungsverhältnis.
- Ausbildungszeiten, vor allem im Hochschulbereich, sind im internationalen Vergleich vielfach zu lang. Aufgrund der dy-

namischen Entwicklung beruflichen Wissens wird **lebenslanges, berufsbegleitendes Lernen** immer wichtiger. Qualifizierungszeiten müssen deshalb stärker über den Lebenszyklus verteilt werden. Wirtschaft, Tarifpartner und Staat sind zur Modernisierung von Bildung und Weiterbildung gemeinsam gefordert. In dieser gemeinsamen Verantwortung haben Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung besonderes Gewicht.

III. Ausblick

Die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland ist untrennbar mit der des Standortes Europa verbunden. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wachsen wirtschaftlich und sozial immer stärker zusammen. Wirtschafts- und Währungsunion sowie Politische Union sind zentrale Marksteine. So wird die gemeinsame Währung "Euro" die Grundlage für mehr wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze in Europa schaffen und die globale Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents stärken.

Die Repräsentanten von Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung setzen sich deshalb nachdrücklich für das rechtzeitige Inkrafttreten der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ein.

CDU/CSU erstmals vor SPD. Alle im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Grünen und der CSU haben im letzten Jahr zum Teil drastisch Mitglieder verloren. Dies ergab eine dpa-Umfrage in den Parteizentralen. So ging bei der SPD 1995 die Mitgliederzahl auf 817 650 zurück. Dies sind rund 32 000 weniger als Ende 1994. Verantwortlich gemacht dafür werden vor allem der Führungsstreit im Sommer sowie die Diätenerhöhungen für Abgeordnete. 1990 wurden noch über 900 000 Mitglieder gezählt. Trotzdem bleiben die Sozialdemokraten stärkste Mitgliederpartei. CDU und CSU zusammen (rund 831 000 Mitglieder) konnten die SPD angesichts deren großer Verluste im abgelaufenen Jahr nach vorliegenden Zahlen jedoch bei den Mitgliedern erstmals überholen.

Chance für einen neuen Aufbruch

Zeiten wichtiger Reformen verlangen Mut zum Umdenken. Sie sind Herausforderungen, aber sie bieten auch die Chance für einen neuen Aufbruch. Das Jahr 1996 ist in dieser Hinsicht ganz sicherlich ein Schlüsseljahr.

Wir stehen an der Schwelle in ein neues Jahrtausend. Die in den kommenden Wochen und Monaten anstehenden Entscheidungen öffnen ein Stück weit die Tür ins 21. Jahrhundert.

Doch betrachten wir zunächst einmal sachlich und realistisch Deutschlands Ausgangsposition zu Beginn diesen Jahres: Die wirtschaftliche Lage ist bei weitem nicht so schlecht, wie sie von manchem geredet wird. Die Rahmenbedingungen sind günstig: Die Inflationsrate ist niedrig, die Zinsen haben einen Tiefststand erreicht, die Stärke der D-Mark ist ungebrochen, und das Ausland hat Vertrauen in den Standort Deutschland.

Konjunkturforscher, Banken und sogar ein Großteil der Wirtschaftspresse geht davon aus, daß in diesem Jahr ein moderates, aber lang anhaltendes Wirtschaftswachstum gewährleistet ist. Ebenso deutlich ist aber auch: Wir werden kein Wirtschaftswunderjahr erleben. Wir müssen auch erkennen, daß eine Belebung der Konjunktur eben nicht mehr automatisch neue Arbeitsplätze schafft. Die Chancen des Standortes Deutschland werden beeinträchtigt durch hohe Arbeitskosten, durch überproportionale Soziallasten und durch beachtliche bürokratische Hemmnisse bei wirtschaftlichen Investitionen. Die bisherigen Gesetzesgebungsanstrengungen der Koalition – die Reform des Gesundheitssystems, die Reform der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe sowie Änderungen beim Vorrubestand und beim BAföG – dienen dazu, die drückende Kostenlast zu verringern, ohne aber die großen Errungenschaften unseres sozialen

Netzes zu gefährden. Ebenso wichtig sind die Maßnahmenpakete, die unter dem Stichwort „Schlanker Staat“ zusammengefaßt sind.

Der Standort Deutschland muß jetzt zügig von veralteten, hemmenden Vorschriften befreit, unsere langwierigen Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Hier sind auch die Länder und Kommunen gefordert.

Eine große Verantwortung tragen sicherlich die Tarifparteien, die in den nächsten Tagen und Wochen sachlich und möglichst ohne Schuldzuweisungen und Drohungen ein vernünftiges und von beiden Seiten umsetzbares Konzept vorlegen müssen. Es

Von Joachim Hörster, erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ist ein gutes Zeichen, daß die Tarifpartner gemeinsam mit der Koalition nach Wegen zur Lösung der anstehenden Probleme suchen. Denn es wird uns nur dann gelingen, die Standortbedingungen in Deutschland positiv zu verändern und damit unsere Chancen im internationalen Wettbewerb nachhaltig zu verbessern, wenn alle beteiligten Kräfte gemeinsam dieses Ziel anstreben.

Wir brauchen in Deutschland einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Nicht minder gefordert ist jeder einzelne Bürger. Denn wenn unser Wohlstand nicht zerrinnen soll, dürfen alte Besitzstände nicht länger mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Jeder muß daran mitwirken, daß der Standort Deutschland den veränderten Rahmenbedingungen angepaßt wird. ■

Wolfgang Schäuble:

Gute Chancen für die Zukunft in mehr Beschäftigung umsetzen

Wir sollten einen Moment darüber nachdenken, worüber wir jetzt debattieren. Herr Kollege Scharping, so, wie Sie es getan haben, sollten wir es in bezug auf die Menschen, die diese Debatte verfolgen, nicht tun. Sie stellen einen Antrag – der Vorredner hat zu dem Antrag in der Sache gerade gesprochen –, haben aber zu einem ganz anderen Thema geredet. Wir können über Umwelt reden, wir können über Wirtschaft und den Arbeitsmarkt reden; aber wir sollten uns verständigen, worüber wir reden, damit es nicht wie Kraut und Rüben ist.

Wie ist die wirtschaftliche Lage? – Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist nicht schlecht. Herr Kollege Scharping, auch das muß man sagen. Sie hat sich zwar im letzten Quartal des vergangenen Jahres gegenüber den Annahmen verschlechtert. – Ich rede von der wirtschaftlichen Lage, ich komme gleich auf den Arbeitsmarkt zu sprechen. Lassen Sie mich doch einen Schritt nach dem anderen machen. Seien Sie doch in der Lage, drei Sätzen „am Stück“ zuzuhören oder wenigstens ruhig zu sein!

Die wirtschaftliche Lage insgesamt ist in Deutschland nicht schlecht. Wir sollten wirklich aufhören, den Standort Deutschland kaputtzureden. Das nützt niemandem in diesem Lande. Wir müssen auch sagen, warum sich die wirtschaftliche Lage im vergangenen Jahr schlechter entwickelt hat als vorhergesehen. Das hat im wesentlichen zwei Ursachen: zum einen

einen falschen Tarifabschluß, insbesondere im Bereich der Metallindustrie – das ist die eine entscheidende Ursache für die Verschlechterung der Rahmendaten –, und zum anderen die Wechselkursentwicklung: eine Aufwertung der D-Mark, stärker als vorhergesehen und stärker als den realwirtschaftlichen Daten entsprechend.

Wenn wir gleich an die Schlußfolgerung denken, was wir ändern könnten, sollte, Herr Kollege Scharping, in den Reihen der SPD das unverantwortliche populistische Gerede gegen die Europäische Währungs-

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, am 18. Januar

union wirklich aufhören. Dieses Gerede ist im Interesse der Zukunft unseres Landes unverantwortlich.

Wir wissen genau, daß angesichts der zunehmenden Abhängigkeit in einer globalen Weltwirtschaft, bei der all die Rezepte, all die Ladenhüter aus der Mottenkiste bis hin zu Keynes im Grunde gar nichts mehr helfen, mit schuldenfinanzierten, nachfragestimulierenden Programmen Beschäftigung in Deutschland heute nicht mehr zu sichern ist. Ob wir in Deutschland mehr Beschäftigung haben, wenn die Nachfrage

steigt, ist bei der Globalisierung der Märkte völlig offen.

Wenn wir in dieser Entwicklung standhalten wollen und unsere Interessen wahrnehmen wollen, dann ist die Unumkehrbarkeit der wirtschaftlichen Integration Europas eine der wichtigen Voraussetzungen für die Zukunftssicherung, ganz abgesehen davon, daß das unverantwortliche Gerede gegen die Europäische Währungsunion schneller, als manche ahnen, Reaktionen auf den Devisenmärkten auslösen kann, die alles hinwegfegen, worum wir uns im Augenblick bemühen. Wir sollten dieses Gerede wirklich einstellen.

Zu dem wirklich Unbefriedigenden gehört, daß wir bei einer insgesamt ordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung, die wieder an Dynamik gewinnen muß, eine absolut unbefriedigende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben. Das ist das eigentliche Problem. Um dies zu lösen, müssen wir mit Ernsthaftigkeit – und nicht durch Austausch von Beschimpfungen – miteinander um den geeigneten Weg ringen.

Aber wir müssen zugleich hinzusagen: Die Politik allein kann das Problem nicht lösen. Inzwischen sind wir glücklicher-

weise so weit, daß auch die Vertreter bei der Tarifpartner, Gewerkschaften wie Arbeitgeber, öffentlich erklären: Mehr als 50 Prozent der Ursachen wie der Hilfsmöglichkeiten liegen in der Verantwortung der Tarifpartner und nicht der Politik.

Wenn das richtig ist – und es ist unbestreitbar und im Grunde auch unbestritten richtig –, dann ist es doch insgesamt wichtig und richtig, daß wir in unserer Gesellschaft bei allen Beteiligten – bei Arbeitgebern, bei Arbeitnehmern, bei Gewerkschaften, Verbänden, in der Politik, bis zu den Kirchen – eine Veränderung der Einstellungen erreichen. Letztlich werden wir eine höhere Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, damit wir auch in Zukunft genügend Arbeitsplätze in Deutschland erhalten, nur erreichen, wenn wir einen grundlegenden Einstellungswandel in unserer Gesellschaft insgesamt erreichen.

Dieses Zusammenwirken von Politik und Tarifpartnern, den Einstellungswandel in allen Bereichen unserer Gesellschaft erreichen wir am ehesten, wenn darüber ein Dialog stattfindet. Deswegen ist es so wichtig und richtig, daß der Bundeskanzler die Verantwortlichen aus Wirtschaft und Gewerkschaften zum ständigen Dialog eingeladen hat und daß dieser Prozeß voranschreitet.

Infos für Wahlkämpfe

Ab dem 22. Januar bietet die Bundesgeschäftsstelle unter dem Menüpunkt „Wahlkämpfe/Infos für Wahlkämpfer“ einen Sonderservice an, der möglichst aktuell zum politischen Geschehen in Bonn Informationen und Argumentationen bereitstellt. Gerade im Hinblick auf die konkreter werdende Diskussion über das

„Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung“ werden Landtagswahlkämpfe zunehmend auch mit Bonner Themen zu bestreiten sein.

**Wenn Sie weitere Themenwünsche haben, wenden Sie sich bitte an Herrn Lueg,
Tel. 02 28/5 44-3 57.**

Was wir aus den Gewerkschaften, vom DGB-Vorsitzenden bis zur IG Metall und anderen – ich will gar nicht alle aufzählen –, in den letzten Monaten gehört haben, ist doch von wesentlich mehr Einsicht in die Notwendigkeiten und Möglichkeiten geprägt als das, was Herr Lafontaine, Herr Schröder und – meistens – auch Herr Scharping zu diesem Thema sagen.

Aber was machen wir jetzt? – Heute, am 18. Januar, findet die nächste Runde der Gespräche zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften im Metallbereich statt. Am 23. Januar, nächste Woche, ist das nächste Gespräch im Bundeskanzleramt zwischen Politik, Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Am 30. Januar soll der Jahreswirtschaftsbericht verabschiedet und daraus die notwendige Schlußfolgerung gezogen werden; das sollte unter Anstrengung aller Beteiligten zu einem positiven Ergebnis gebracht werden.

Aber jetzt nutzen Sie zur selben Stunde eine Debatte über Umweltpolitik, um hier die Regierung zu beschimpfen. Das bringt unser Land überhaupt keinen Schritt voran. Das nützt der Sache nicht!

Jetzt will ich ein paar Punkte sagen, ohne die Ergebnisse vorwegzunehmen: Wir werden am 8. Februar in aller Gründlichkeit die Argumente austauschen. Wir werden dann sehen, was Graf Lambsdorff gesagt hat. Ihre Überschriften interessieren mich schon lange nicht mehr. Die Unternehmensteuerreform ist durch die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat noch immer blockiert, und das schadet den Arbeitsplätzen.

Sie reden von Modernisierung. Wenn wir die dynamischen Wachstumskräfte in unserem Land stärken wollen, müssen wir auf moderne Techniken setzen. Das sagen Sie in Ihren Überschriften jetzt auch. Aber wenn es um den Transrapid geht, dann sind die Sozialdemokraten vor Ort dage-

gen. Das Wort „Gentechnik“ haben Sie in der Beschlußvorlage für Ihren Parteitag vermieden.

Also: Wenn es konkret darum geht, die Wachstumskräfte zu stärken, müssen wir auf moderne Techniken setzen. Denn nur an der Spitze des technischen Fortschritts können wir unseren höheren Wohlstand und unsere höhere soziale Sicherheit auf den Weltmärkten erhalten. Aber wenn es konkret wird, sind Sie immer dagegen. Die Überschriften interessieren nicht; es geht ums Kleingedruckte und um die konkreten Abstimmungen. Sie sollten Ihr Blockadeverhalten endlich aufgeben!

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Entschlackung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Weg gebracht, ein bemerkenswertes Maßnahmenbündel. Es ist dringend notwendig; denn es gibt kein Land, in dem die Genehmigung von öffentlichen wie privaten Investitionen länger dauert, teurer ist und im Ergebnis weniger vorhersehbar und kalkulierbar ist als in der Bundesrepublik Deutschland. Das schadet dem Standort Deutschland, und das schadet den Chancen für Arbeitsplätze und Beschäftigung in unserem Land.

Und was haben Sie gemacht? – Sie haben das Maßnahmenbündel, als die Bundesregierung es beschlossen hat, sofort kritisiert; da werde der Umweltschutz geschädigt. Sie haben schon angekündigt, daß Sie es mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat blockieren wollen.

Weil ich gerade bei den Bundesländern bin, will ich doch auf folgendes aufmerksam machen: In Berlin haben der SPD-Vorsitzende Lafontaine und sein außenpolitischer Sprecher Scharping ein gemeinsames Programm verkündet. Punkt zwei war, die kommunalen Altschulden voll in

den Bundeshaushalt zu übernehmen. – Das bringt mich zu folgender Bemerkung – das muß ich doch einmal sagen –: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, der auch nicht immer nur zur Freude des Finanzministers schreibt – das ist wohl so; aber das muß ein wissenschaftlicher Beirat auch machen –, hat in diesen Tagen ein Gutachten vorgelegt, in dem er geschrieben hat: Die Finanzverteilung und die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern nach der deutschen Einheit sind völlig unbefriedigend zu Lasten des Bundes, und das muß korrigiert werden.

In bezug auf den Solidarpakt haben wir – da waren wir ja beide dabei, Herr Kollege Scharping – im Kanzleramt ein großes Programm – es hat übrigens auch mit dem Solidaritätszuschlag zu tun, Graf Lambsdorff; also Vorsicht mit der vorschnellen Forderung, ihn abzuschaffen; wir können es nur im Rahmen des Möglichen – verabreden, bei dem damals vorgesehen war, daß die westdeutschen Länder 1995 einen Finanzierungsbeitrag zur deutschen Einheit von netto etwas über 6 Milliarden DM leisten.

Die tatsächlichen Zahlen des Jahres 1995 zeigen: Die westdeutschen Länder haben einen Finanzierungsbeitrag zur deutschen Einheit von null im Jahre 1995 geleistet. Und jetzt kommen Sie mit der Forderung, noch einmal draufzusatteln. Das geht nicht!

Es gehört auch zur wirtschaftlichen Lage, daß es uns gegen alle Erwartungen gelungen ist, die D-Mark stabil zu halten. Das ist eine grandiose Leistung und ein großer Erfolg der Bundesregierung und des Bundesfinanzministers und ist nicht hoch genug einzuschätzen. Das ist im übrigen ungeheuer wichtig für alle sozial schwächeren Schichten in unserem Lande. Die Inflation ist die brutalste Ausbeutung gerade der sozial

Schwächeren, doch bei uns herrscht Stabilität.

Aber das werden wir auf die Dauer nur beibehalten, wenn wir, Bund und Länder, einigermaßen gleichgerichtet und fair miteinander umgehen. Deswegen macht es zum Beispiel keinen Sinn, bei der Pflegeversicherung im Vermittlungsausschuß zu verabreden, daß die Länder alle Ersparnisse, die sie durch die Pflegeversicherung bei der Sozialhilfe haben, in Form von Investitionszuschüssen für die Pflegeheime geben, und diese dann zu verweigern, damit die Pflegeversicherung stärker belastet wird.

Ich komme jetzt zu den kommunalen Alt-schulden in den neuen Bundesländern, die wirklich ein schwieriges Problem sind. Ich will daran erinnern, daß wir im Solidar-pakt gemeinsam verabredet haben, wie die Lasten getragen werden. Ich will daran erinnern, daß der Sprecher der ostdeutschen Ministerpräsidenten damals gesagt hat, daß nach dieser großzügigen Haltung des Bundes die ostdeutschen Länder keine weiteren finanziellen Forderungen an den Bund mehr haben werden.

Dann habe ich im Herbst vergangenen Jahres öffentlich vorgeschlagen, man möge sich doch bei den kommunalen Alt-schulden einigen; der Bund solle entgegen den Absprachen einen Beitrag leisten. Ich habe vorgeschlagen, jede staatliche Ebene möge ein Drittel tragen. Damals hat mich der Bundesfinanzminister einigermaßen kritisch angeschaut. Inzwischen hat die Bundesregierung angeboten, die Hälfte, also 50 Prozent, zu zahlen. Das ist mehr, als ich damals vorgeschlagen habe. Die ostdeutschen Länder blockieren und sagen: Unter 100 Prozent geht gar nichts.

So können wir nicht miteinander umgehen. So bringen wir die öffentlichen Haushalte auf Dauer nicht in Ordnung. Wenn wir die öffentlichen Haushalte aber nicht

in Ordnung halten, dann wird es nicht gelingen, die Staatsquote, die Steuer- und Abgabenquote zu reduzieren. Wenn wir die Staatsquote, die Steuer- und Abgabenquote nicht reduzieren, werden wir die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht verbessern. Da ist der Zusammenhang. Deswegen gehört das eine zum anderen.

Wir sollten auch keine Illusionen nähren. Die alten Irrtümer werden alle unsere Probleme nicht lösen und nicht einen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen. Es hat keinen Sinn, durch Arbeitszeitverkürzung den Mangel anders zu verteilen. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, mehr wirtschaftliches Wachstum. Man kann Mangel nicht richtig verteilen, sondern man muß ihn durch Wachstum beseitigen.

Es macht keinen Sinn, zu sagen – wie Lafontaine, SPD-Vorsitzender, zeitweilig im Inland anwesend, es noch vor ein paar Tagen im Gegensatz zu den Gewerkschaften gesagt hat –: Wir brauchen stärkere Lohn-erhöhungen, weil auf diese Weise die private Nachfrage gestärkt wird.

Wir müssen Kosten begrenzen, weil wir sonst nicht wettbewerbsfähig sind. Es macht keinen Sinn, durch höhere Neuverschuldung des Staates die Inflation anzuheizen und zu glauben, die Probleme seien dann ein bißchen weniger drückend. Das ist Rauschgift! Aber wer Rauschgift zur Lösung seiner Probleme nimmt, wird süchtig und abhängig. Das ist der falsche Weg. Das können wir alles nicht machen.

Damit bleiben uns nur ungewöhnlich begrenzte Spielräume zur Lösung der Probleme.

In meinem letzten Beitrag von diesem Pult aus habe ich gesagt – es geht um den Zusammenhang mit der Ökologie; Hans-Peter Repnik hat es gesagt –: Natürlich müssen wir mehr für die Umwelt tun. Aber

keine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat mehr für die Erhaltung der Umwelt getan als diese Bundesregierung. Nur: Die Modelle in akademischen Seminaren – leicht zu vertreten: eine Umschichtung da, hier Steuern runter, dort Steuern rauf, das Ganze insgesamt aufkommensneutral – funktionieren in der Wirklichkeit unserer Sozialen Marktwirtschaft nicht. Deswegen sind unsere Spielräume so begrenzt. Wir können weder die Schulden erhöhen, noch können wir einfach umschichten. Wir müssen die Belastungen senken. Wer sparen will, muß Ausgaben kürzen.

Das gilt auch für den Bereich der sozialen Sicherung. Niemand, der über diese Fragen nachdenkt, will irgend jemandem etwas wegnehmen. Was wir wollen, ist, allen Menschen in unserem Lande, den Älteren und den Jüngeren, möglichst viel Sicherheit geben. Was wir wollen, ist, möglichst allen eine Chance geben, reguläre Arbeitsplätze zu bekommen. Es geht nicht um das Kürzen und das Wegnehmen, sondern es geht darum, Zukunftssicherheit zu schaffen. Deswegen müssen die Lasten tragbar bleiben.

Wer nicht bereit ist, darüber nachzudenken, wo wir im Interesse der Sicherheit von Renten, von Krankenvorsorge, von Pflege, unseres Wohlstands die Lasten tragbar halten können, der versündigt sich an der Zukunft.

Dieses Nachdenken muß geschehen. Es gibt den bequemen Ausweg nicht. Wenn wir in diesem Sinne Schritt um Schritt arbeiten, haben wir auch Chancen, die Probleme weiter zu lösen. Es gibt überhaupt keinen Grund zur Resignation.

Wir haben in Deutschland nicht nur eine hohe Arbeitslosenquote, sondern wir haben nach wie vor auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, für die es auf dem deutschen Arbeitsmarkt und auf dem Arbeitsmarkt

der Europäischen Union keine Beschäftigten gibt. Deswegen muß die Arbeitsverwaltung noch immer annähernd eine Million Ausnahmegenehmigungen vom Anwerbestopp erteilen. Auch das gehört zur Wirklichkeit!

Da haben wir eine dramatische Fehlentwicklung in der Bauwirtschaft. Um dem entgegenzuwirken, braucht die Baubranche auch Zeit zur Umstellung. Und das Entsendegesetz ist dazu da, Zeit zu schaffen, um Umstellungen für die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt auch in der Baubranche vorzunehmen. Darüber kann man und sollte man vernünftigerweise reden.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen, denn mit der Art, wie Sie die Debatte anlegen, soll ja der Eindruck hervorgehoben werden, als würde nichts geschehen. Aber, Frau Kollegin Fuchs, das Gegenteil ist richtig.

Wenn Sie einmal die Presseerklärungen des neben Ihnen sitzenden Kollegen Dreßler nehmen: Er gibt jede Woche zwei Presseerklärungen ab, in denen er konkrete Vorhaben der Bundesregierung oder der Koalition angreift und sagt, das komme nicht in Frage, das sei völlig unangemessen. – Sie greifen ja jeden Schritt ständig an!

Sehen Sie sich doch die Tagesordnung der Sitzungswochen des Deutschen Bundestages im Januar und Februar an!

Wir reden über die Reform der Arbeitslosenhilfe. Wir sind bei der Neuformulierung des Arbeitsförderungsgesetzes. Wir sind dabei, die Renten sicher zu machen, indem die Lebensarbeitszeit an das gesetzliche Rentenalter angenähert wird. Wir sind mitten in den Arbeiten zur Zu-

kunftssicherung unserer gesetzlichen Krankenversicherung, um nur ein paar Stichworte zu nennen.

Wir werden ein Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung des deutschen Kapitalmarkts vorlegen, weil es wahr ist, daß kein vergleichbares Industrieland ein so schmales Angebot an privat haftendem Kapital auf dem Kapitalmarkt hat.

Wir müssen die Kapitalmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen verbessern. Es ist wahr: Wir werden im Bereich der Großindustrie zusätzliche Arbeitsplätze nicht gewinnen, sondern nur durch neue kleine und mittlere Unternehmen – neue Unternehmen sind meistens kleine –, und im übrigen auch durch die Expansion von kleinen und mittleren Unternehmen.

Ebenso wird der tertiäre Sektor, der Dienstleistungssektor – moderne wie alte Dienstleistungen –, der eigentliche Wachstumsbereich für zusätzliche Arbeitsplätze sein. Bisher haben Sie unsere Vorschläge, etwa private Haushalte zusätzlich als Arbeitgeber zu gewinnen, blockiert; jetzt sagen Sie, in der Frage seien Sie bereit, nachzugeben.

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ich hoffe, wir haben dann auch die richtigen Abstimmungsergebnisse in Bundestag und Bundesrat, damit wir die Sache voranbringen.

Es gibt eine Fülle von Maßnahmen, es gibt überhaupt keinen Grund, zu resignieren. Es gibt überhaupt keinen Grund, den Eindruck zu erwecken, es geschehe nichts. Wir arbeiten Schritt für Schritt. Wir sind mitten in der Arbeit. Wir werden über die Maßnahmen zur Verbesserung der Möglichkeiten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht am 8. Februar hier debattieren. ■

Lafontaines 2-Monats-Bilanz: Zick-Zack-Kurs ohne Orientierung

Eigentlich haben Politiker in neuen Ämtern Anspruch auf eine Schonzeit von 100 Tagen. Im Fall Oskar Lafontaine aber ist eine Zwischenbilanz nach zwei Monaten als SPD-Vorsitzender erlaubt und notwendig. Sie könnte verheerender nicht ausfallen.

1. Unverantwortlicher Umgang mit den Staatsfinanzen und der Staatsverschuldung: Völliger Zick-Zack-Kurs. Auf dem SPD-Parteitag wird unter Regie von Oskar Lafontaine mit viel Wirbel ein „Wirtschaftsprogramm“ beschlossen, in dem eine strikte Begrenzung der Neuverschuldung als wichtiges Ziel bezeichnet wird. Vier Wochen später empfiehlt der SPD-Vorsitzende Lafontaine als Rezept für mehr Beschäftigung Konjunkturprogramme auf Pump. Nach heftigem innerparteilichen Protest vollzieht der SPD-Vorsitzende wenige Tage später einen erneuten Kurswechsel in Richtung auf die stabilitätsorientierte Politik der Bundesregierung mit strikter Begrenzung der Neuverschuldung. Zurück bleibt eine verwirrt und orientierungslose SPD.

2. Unverantwortliche Aufwertung der kommunistischen PDS und Aufkündigung des Konsenses der Demokraten in Deutschland: Entgegen jahrzehntelanger Übung und guter demokratischer Gepflogenheit trifft sich Oskar Lafontaine nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden nicht als erstes mit den Vorsitzenden der demokratischen Parteien, sondern mit dem SED/PDS-Nachlaßverwalter im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, zu einem Strategiegespräch. Nach heftigen innerparteilichen Protesten im Vorfeld wird das Gespräch nicht abgesagt, sondern geheim geführt.

3. Außenpolitisch verhält sich der neue SPD-Vorsitzende wie ein Elefant im Porzellanladen: Statt zu Gesprächen bei den wichtigsten Verbündeten Deutschlands reist der SPD-Vorsitzende nach Moskau und trifft sich dort zuerst ausgerechnet mit dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei. Das ist ein Schlag ins Gesicht unserer Verbündeten und offenbart die außenpolitische Unzuverlässigkeit und Taktlosigkeit der SPD.

4. Unverantwortlicher Umgang mit dem Thema Vereintes Europa, Stabilität und Währungsunion: Rein populistisch und

Von Eduard Oswald, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

opportunistisch macht der SPD-Vorsitzende Stimmung gegen die Währungsunion. Wenige Wochen später muß er sich vom DGB belehren lassen, daß mit bestehender Währungsunion in Europa über 700.000 Arbeitsplätze schon heute gerettet werden könnten.

5. Gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr und zum internationalen Ansehen Deutschlands: Bewußt hat es der SPD-Vorsitzende – im Gegensatz zu allen anderen demokratischen Parteien – vermieden, sich bei der historischen Entscheidung über den Friedenseinsatz deutscher Soldaten in Bosnien im Deutschen Bundestag hinter den Auftrag für die deutschen Soldaten zu stellen. Ganz deutlich läßt der SPD-Vorsitzende seine Fraktion im Bun-

destag spüren, daß er eine andere Politik für besser hielte. Die SPD-Fraktion hat mit Mehrheit das Gegenteil dessen beschlossen, was Oskar Lafontaine in den letzten Jahren als Herzstück seiner Politik bezeichnet hat. Seine Meinung dürfte er nicht geändert haben.

6. Völlig enttäuschend war das „12-Punkte-Programm gegen Arbeitslosigkeit“: Ein wenig substantielles Sammelsurium bekannter Allgemeinplätze. Außer der Forderung nach Abbau von Überstunden enthält das Sofortprogramm keine konkreten Vorstellungen und Vorschläge für mehr Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen. Weder erteilt die SPD konjunkturellen Strohfeuerprogrammen auf Pump eine entschiedene Absage noch unterbreitet sie praktikable Vorschläge zur Sicherung der Sozialsysteme.

7. Bereits drei Wochen vor Weihnachten geht der SPD-Vorsitzende politisch völlig auf Tauchstation: Er überläßt es Herrn Dressler, den Weg für Steuererhöhungen

und die Anhebung der Mehrwertsteuer zu bereiten.

8. Als Kanzlerkandidat der SPD im Jahr 1990 wandte sich Oskar Lafontaine gegen die von der Bundesregierung betriebene Politik der Einheit Deutschlands und lehnte entscheidende Schritte wie Wirtschafts- und Währungsunion dazu ab. Wenn er nun heute von der Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands als „höchster Priorität“ spricht, so ist das total unglaubwürdig.

9. Was gilt im Hinblick auf den Solidaritätszuschlag? Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der SPD bekräftigte er die Notwendigkeit des Solidaritätszuschlags über das Jahr 1998 hinaus. Andere Finanz- und Haushaltspolitiker werden nicht müde, seine Abschaffung bereits jetzt zu fordern. Was gilt nun? Auch im Hinblick auf die generelle Steuer- und Abgabenlast bleibt Lafontaine widersprüchlich. Senkung der Belastungsquote oder Draufsatteln durch „Öko-Steuerreform“?

Friedrich Merz gewann das „Goldene Mikrofon“

Gewinner des „Goldenen Mikrofons“ für rhetorische Leistungen ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Merz.

Der 40jährige Finanzexperte setzte sich am 16. Januar beim ersten Redewettstreit für Abgeordnete des Bundestages gegen 16 Konkurrenten aus anderen Fraktionen durch.

Die Jury – Rudolf Dreßler, Heiner Geißler, Jürgen Möllemann und Rezzo Schlauch – zeigten sich von der witzigen und schlagfertigen Vorstellung des Nachwuchspolitikers aus dem sauerländischen Brilon besonders beeindruckt.



Teilnahmeberechtigt an dem vom Förderkreis Politische Rhetorik veranstalteten Wettbewerb waren alle Abgeordneten,

1994 erstmals in den Bundestag gewählt wurden. Sie hatten die Aufgabe, sich ohne Vorbereitung in freier Rede zu einem vorgegebenen Thema zu äußern. Die Siegereunde wird im weltweiten Computerdienst Internet verbreitet.

Zur Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen 1995

Im Jahresdurchschnitt 1995 waren 3.611.900 Menschen arbeitslos. Das sind zwei Prozent (oder 86.100) weniger als 1994. Damit ist die Arbeitslosigkeit 1995 in Deutschland im Vergleich zu 1994 gesunken.

Während in den neuen Bundesländern die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit um rund 95.000 auf 1.047.000 sank, stieg die Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern allerdings um 8.900 auf 2.564.900.

Arbeitslosenquote – Jahresdurchschnitt 1995 –		
	1995	1994
im Westen	8,3 %	8,2 %
im Osten	14,0 %	15,2 %
Gesamtdeutschland	9,4 %	9,6 %

13 Prozent mehr Stellenvermittlungen

1995 konnten in Deutschland fast 76.000 Stellen mehr als im Vorjahr von den Arbeitsämtern vermittelt werden. Damit erhielten 3.208.900 Menschen eine Stelle über das Arbeitsamt. Erfahrungsgemäß suchen und finden viele Menschen allerdings auch ohne Arbeitsamt eine neue Stelle.

Umbau bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Ein behutsamer Umbau bei der Gewährung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den alten und neuen Bundesländern hat begonnen. Während in den alten Bundesländern die Anzahl der

Maßnahmen leicht zunahm, wurde in den neuen Bundesländern ein Abbau der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorgenommen.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik entlastete den Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern zuletzt um rund 670.000 Menschen. Das sind 70.000 mehr als im Vorjahr. Es wurden verstärkt Eingliederungshilfen, Lohnkostenzuschüsse für Ältere und Langzeitarbeitslose sowie Maßnahmen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit in Anspruch genommen. In der Vergangenheit war der Blick fast ausschließlich auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gerichtet.

Das sogenannte Überbrückungsgeld zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit wurde rund 47.000mal bewilligt. Das ist fast das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr. Von 100 neuen Selbständigen stellte jeder mindestens einen Mitarbeiter ein.

In den neuen Bundesländern erhielten im Vergleich zum Vorjahr fast 77.000 Menschen weniger eine beschäftigungsfördernde Maßnahmen zugewiesen. Trotzdem blieb das Niveau mit 279.800 Maßnahmen auch 1995 hoch.

Erfreulicherweise wurden viermal so viele Anträge auf Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose bewilligt wie im Vorjahr.

Arbeitslosenquote für Frauen im Westen erstmals unter der Männerquote

Erstmals seit 1969 lag die Arbeitslosenquote für Frauen in den alten Bundesländern im Jahresdurchschnitt unter der Quo-

te für Männer. Der Wert ist zwar mit 9,2 Prozent (Männer: 9,3 Prozent) nur geringfügig niedriger, verdeutlicht aber eine neue Entwicklung.

Im Osten war die Arbeitslosenquote für Frauen deutlich höher: Mit 19,3 Prozent lag sie mehr als doppelt so hoch wie die Quoten für westdeutsche Männer und Frauen und fast doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote für ostdeutsche Männer, die im Jahresdurchschnitt 10,7 Prozent betrug. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt damit im Osten rund 63 Prozent. Zwar entwickelte sich der Arbeitsmarkt für Frauen in Ostdeutschland in der Tendenz besser als für Männer; dennoch haben es Frauen in den neuen Ländern weiterhin wesentlich schwerer, Arbeit zu finden.

Mehr ältere Arbeitslose

Die Zahl der über 55jährigen Arbeitslosen in den alten Bundesländern stieg mit elf Prozent außergewöhnlich stark. Damit waren 576.900 über 55jährige auf Arbeitssuche.

Auch wenn in den neuen Bundesländern 60.000 Menschen weniger langzeitarbeitslos waren als im Vorjahr, waren immer

noch 300.000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist hier auf 30 Prozent gesunken. Ursache hierfür sind verstärkte Vermittlungsaktivitäten der Arbeitsämter für diese Personengruppe.

Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt

Die Dauer der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist erfreulicherweise kürzer geworden, nämlich 30 statt 36 Wochen.

1996: Aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau

Auch 1996 kommt der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein besondere Bedeutung zu. In Deutschland werden 270.000 Menschen an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 500.000 an Fortbildung und Umschulungsmaßnahmen teilnehmen. Wurden 1991 8,1 Milliarden Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben, so sind es 1996 über 1,5 Milliarden Mark mehr: insgesamt 9,8 Milliarden Mark. Auch der Ansatz für Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ist von 11,6 Milliarden Mark auf 15,7 Milliarden Mark gestiegen.

Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit

	1996	1995
insgesamt: davon	99,4 Mrd. DM	100,5 Mrd. DM
Bundeszuschuß	4,3 Mrd. DM	11,4 Mrd. DM
berufliche Fortbildung	15,6 Mrd. DM	15,1 Mrd. DM
Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen	9,8 Mrd. DM	9,6 Mrd. DM
Lohnkostenzuschüsse nach § 249 und § 242 s AFG	3,1 Mrd. DM	3,3 Mrd. DM
Arbeitslosengeld	49,0 Mrd. DM	47,3 Mrd. DM

Gewässer schützen – Kosten senken

Zur Gebührenentwicklung im Abwasserbereich erklärten der umweltpolitische Sprecher, Klaus Lippold, und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:

Die besorgniserregende Gebührenentwicklung im Bereich der Abwasserbeseitigung hat die Koalitionsfraktionen veranlaßt, einen Antrag im Deutschen Bundestag einzubringen. Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung insbesondere auf, gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden unverzüglich ein Aktionsprogramm "Mehr Gewässerschutz – geringere Kosten und Gebühren" zu erarbeiten, das in den Jahren 1996 bis 1998 umgesetzt werden soll.

Das Aktionsprogramm soll folgende Ziele erreichen:

1. Neue Modelle zur Organisation der Ver- und Entsorgung, um durch Wettbewerb und durch dem wirtschaftlichen Handeln angemessene Betriebsformen (z. B. Eigengesellschaften oder Eigenbetriebe) Kosteneinsparungen und innovative Lösungen zu erreichen.
2. Vorgaben für eine klare Kostenrechnung und zur Offenlegung der Kosten

für Bürgerinnen und Bürger und für möglichst kostengünstige und einheitliche Berechnungsweisen der kalkulatorischen Kosten (z. B. Anschaffungs- statt Wiederherstellungskosten als Grundlage für die Abschreibung, realistische Abschreibungszinssätze, realistische Buchwerte, Ausschluß von Anliegerbeiträgen (Dritt-Kapital) aus der Abschreibung und Verzinsung).

3. Weitere Überarbeitung der technischen Regeln mit dem Ziel der Kostensenkung.
 4. Novellierung bzw. Schaffung der gesetzlichen Grundlagen bei Bund und Ländern im Sinne der Verwirklichung der vereinbarten Ziele. Hierzu zählen u. a. eine Änderung des Körperschaftssteuergesetzes zur Einordnung der Abwasserentsorgung als Betriebe gewerblicher Art, des Umsatzsteuergesetzes und des Haushaltsgrundsatzgesetzes analog der BHO.
- Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern dafür zu sorgen, daß durch Änderung und Ergänzung der Fachgesetze, der steuer-, haushalts- und vergaberechtlichen Regelungen sowie des Gemeinde- und kommun-

Sechs-Millionen-Einwohnermarke überschritten

Nach der Bevölkerungsfortschreibung, die das Hessische Statistische Landesamt am 18. Januar dem Bundesrat übermittelte, hat das Land Hessen die „magische Grenze“ von sechs Millionen Einwohnern überschritten. Hessen hat jetzt 6.000.669 Einwohner und damit rund 5.000 Einwohner mehr als im Vormonat. Diese Tatsache ist deshalb von Bedeutung, weil Länder mit mehr

als sechs Millionen Einwohnern fünf Stimmen im Bundesrat haben. Bislang hatte Hessen vier Stimmen.

Mit der fünften Stimme Hessens beträgt die Gesamtzahl der Stimmen im Bundesrat 69. Bislang gab es 68 Stimmen. Für die Mehrheit sind nach wie vor 35 Stimmen erforderlich.

nalen Abgabenrechts sichergestellt wird, daß in Zukunft für die Abwasserentsorgung im Wettbewerb auf der Basis von Wirtschaftlichkeitsvergleichen die kostengünstigste Lösung für die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler gefunden wird. Bestehende Hemmnisse sind möglichst rasch abzubauen, um den jeweils effektivsten Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Spürbare Entlastung

Um im Wettbewerb vergleichbare Ausgangsbedingungen zu schaffen, muß eine steuerliche Gleichstellung von privaten und öffentlichen Anbietern gewährleistet werden. Dazu sollen u. a. das Körperschaftsteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz sowie das Gewerbesteuergesetz geändert werden mit der Folge, daß auch öffentlich-rechtliche Einrichtungen der Abwasserentsorgung als Betriebe gewerblicher Art eingestuft werden. Die Kostenneutralität dieser Steuerrechtsänderung soll dadurch sichergestellt werden, daß die Abwasserentsorgung einem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent, wie dieser z. Z. schon für die Trinkwasserversorgung gilt, unterworfen werden. Der Vorsteuerabzug soll in voller Höhe von 15 Prozent erhalten bleiben. Gerade für die Kommunen in den neuen Ländern mit hohem Investitionsbedarf läge darin eine spürbare finanzielle Entlastung.

Wir halten es für notwendig, im Rahmen der anstehenden Novellierung des WHG klarzustellen, daß den Kommunen und Zweckverbänden zur Durchführung der Abwasserentsorgung, z. B. bei der Wahl der Organisationsform, der gleiche Freiraum eingeräumt wird, wie er heute schon bei der Wasserversorgung praktiziert wird. Darüber hinaus soll ähnlich wie beim Kreislaufwirtschaftsgesetz die vollständige Übertragung der Abwasserentsorgungs-

pflicht als hoheitliche Aufgabe der Kommunen auf Dritte ermöglicht werden (Beleihung). Die Hauptverwaltungsbeamten wären dann von der Sorge befreit, daß sie beim Umstieg auf Betreibermodelle oder Eigengesellschaften zwar Einflußmöglichkeiten verlieren, aber weiter strafrechtlich verantwortlich und zivilrechtlich haftbar bleiben.

Wichtig ist es, im Rahmen der anstehenden Novellierung des WHG und durch entsprechende Regelungen in den Landesgesetzen den Kommunen mehr Spielraum für dezentrale Konzepte, die oft kostensparender als zentrale Lösungen mit langen Kanalnetzen sind, einzuräumen. Dazu gehört auch die dezentrale Bewirtschaftung von Regenwasser durch direkte oder verzögerte Einleitung in die Vorfluter, mit der die Dimensionierung von Kanalnetzen und Kläranlagen verkleinert werden kann.

Mitgliederwerbeaktion in Mecklenburg- Vorpommern

Mit einer Werbeaktion will die CDU ihrem Mitgliederschwund in Mecklenburg-Vorpommern zu Leiberücken. In den kommenden zwölf Monaten sollen mindestens 1.000 neue Mitglieder gewonnen werden, sagte die Landesvorsitzende, Angela Merkel, in Schwerin. Für April ist ein landesweiter Aktionstag mit Parteiprominenz geplant. Besonders Frauen und junge Menschen sollten gewonnen werden, erklärte die Bundesumweltministerin. Die Zahl der CDU-Parteimitglieder ist nach Angaben der Landesgeschäftsstelle von knapp 15.000 im Jahr 1991 auf unter 10.000 im vergangenen Jahr geschrumpft.

Deutschland muß mehr als bisher „High-Tech“-Land werden

Zur Vorstellung einer im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) durchgeführten Analyse der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands erklärte Bundesminister Jürgen Rüttgers:

Wir sind nach wie vor ein starkes Technologieland. Unsere Stärken liegen im Bereich höherwertiger Technologien vor allem in der Chemie und im Maschinen- und Fahrzeugbau, wo zwischen 3,5 und 8,5 Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung (FuE) aufgebracht werden müssen. Wir sind weniger stark im Bereich der Spitzentechnik, etwa bei Mikroelektronikprodukten und Gentechnik, wo für FuE mehr als 8,5 Prozent des Umsatzes eingesetzt werden müssen. Wir sind auf den Weltmärkten mit ausgereiften Technologieprodukten präsent, aber wir setzen zu wenig auf die Spitzentechnik, mit der die Produkte von morgen gemacht werden.

Prinzipiell können wir in etlichen Bereichen noch einige Zeit so weitermachen. Aber wir leben zunehmend von der Substanz. Und wir werden in unseren alten Domänen immer stärker herausgefordert von neuen Konkurrenten – vor allem Südkorea, Taiwan, Singapur und Israel –, die auf den dabei entstehenden Mengen- und Preiswettbewerb viel besser eingestellt sind als wir.

Auch kann nach den vorliegenden Ergebnissen der Untersuchung in Zukunft weniger als noch in den 80er Jahren auf einen Beschäftigungsautomatismus technologieintensiver Industrien vertraut werden. Doch technologieintensive Industrien schaffen die Produktivität, die Nachfrage und die Technik für neue innovative

Dienstleistungen. Und dies sind die Bereiche, in denen die hochwertigen neuen Arbeitsplätze der Zukunft entstehen können.

Es reicht nicht, ein gutes Technologieland zu sein. Deutschland muß in stärkerem Maße als bisher „High-Tech-Land“ werden. – Nicht um heute und morgen mehr Wertschöpfung und Beschäftigung zu schaffen, sondern um die Chancen der Zukunft für unser Land zu wahren.

Auf die Notwendigkeit dieser Weichenstellung weisen zahlreiche Einzelergebnisse der Untersuchung hin (eine detaillierte Darstellung der aus Sicht des BMBF wichtigsten Ergebnisse der Studie liegt gesondert vor):

1. Multimedia ist Deutschlands Chance, die nach wie vor schwache Position in der Informationstechnik zu überwinden.

Das BMBF wird die Mittel zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnik 1996 erstmals über die Grenze von einer Milliarde Mark heben. Wir wollen Multimedia möglich machen, indem wir auch in rechtlicher und ordnungspolitischer Hinsicht optimale Entfaltungsmöglichkeiten in Deutschland schaffen.

2. Die Biotechnologie ist als zentrale Spitzen- und Schlüsseltechnologie Maßstab der technologischen Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Das Ziel des BMBF, Deutschland zur Nummer 1 für Biotechnologie in Europa zu machen, hat durch die Untersuchung Rückwind erhalten: Wie in keinem anderen Technologiefeld wird sich in der Biotechnik die Zukunftsfähigkeit Deutschlands erweisen. Beispiel Arzneimittel: Unser traditioneller Erfolg in diesem Bereich

läßt sich im kommenden Jahrhundert, wenn überhaupt, dann nur mit Spitzentechnik der Biowissenschaften fortsetzen.

3. In der Umweltschutztechnik ist Deutschland unverändert stark. Die Verfolger - Kanada, Schweden, die Niederlande und neuerdings auch Dänemark, die Schweiz, Österreich und Finnland - holen aber auf. Die USA haben uns beim Welthandelsanteil mit 19 Prozent zu 18,5 Prozent knapp den ersten Platz abgenommen.

In der Umweltschutztechnik gilt es, den internationalen Spitzenplatz Deutschlands zu halten und möglichst auszubauen. Ein neuer Schwerpunkt in der Förderkonzeption des BMBF wird der produktionsintegrierte Umweltschutz sein. Die Mittel für produktionsintegrierten Umweltschutz werden 1996 erneut um 10 Prozent steigen.

4. Der Rückzug des Mittelstands aus Forschung und Entwicklung ist gestoppt. Kleine und mittelgroße Unternehmen erwirtschaften im Schnitt höhere Anteile ihres Umsatzes mit neu eingeführten Produkten als Großunternehmen.

Das BMBF wird durch den Befund der Untersuchung in seinem Ziel der Förderung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittelgroßer Unternehmen bestärkt: Verlängerung des KfW-Innovationskreditprogramms mit einem Umfang von mindestens 1 Mrd. DM pro Jahr; BMBF-Programm "Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen" zur Mobilisierung von 900 Mio. DM Innovationskapital. 1996 wird das BMBF zusätzliche Anstrengungen zur Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen für Innovationskapital für den Mittelstand in Deutschland unternehmen.

5. Deutschlands Zukunft als Technologiestandort wird sich im Zeitalter der Globalisierung auch nach seiner Fähig-

keit zu Weltoffenheit bemessen.

Das BMBF wird die staatlich finanzierte Forschungslandschaft den Anforderungen internationaler Technologietrends weiter anpassen. Multinationale Unternehmen werden ermuntert, ihre FuE-Kapazitäten in Deutschland anzusiedeln. Deutsche Hochschulen und deutsche Studiengänge sollen internationaler werden. Dies betrifft die Organisation, die Sprache, die Studienabschlüsse und die Inhalte entsprechender Studiengänge. Speziell die auf Asien bezogenen forschungs-, technologie- und bildungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Wirtschaft hier in Deutschland wird das BMBF gezielt koordinieren und effektiver machen. Hierzu wurde im November 1995 ein Asienkonzept des BMBF vorgelegt.

6. Technologisch zehrt die deutsche Wirtschaft bei den Anlageinvestitionen in vielen Bereichen von der Substanz.

Die Frage der langfristigen Entwicklung des deutschen Technologiepotentials betrifft eine der ganz zentral anstehenden Zukunftsentscheidungen. Die Frage richtet sich in erster Linie an die Unternehmen. Deshalb bietet das BMBF deutschen Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Gewerkschaften an, die vorliegende Analyse gemeinsam mit den beteiligten Wirtschaftsforschungsinstituten im Rahmen einer Konferenz im ersten Halbjahr 1996 detailliert zu diskutieren. Ziel des BMBF ist es, eine umfassende Lageeinschätzung sowie Strategieoptionen unter Beteiligung der wichtigsten Wissensträger und Akteure zu erarbeiten.

7. Das nationale Innovationssystem Deutschlands muß die wissenschaftlichen Stärken besser mit den technologischen Innovationen verbinden.

Die Flexibilität staatlicher Forschungseinrichtungen und deren Fähigkeit zur Netzwerkbildung sollen gezielt erhöht werden. ■

Planungssicherheit für die Krankenhäuser 1996 schaffen

Aus Anlaß der Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben 1996 im Bundestag erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:

Der Deutsche Bundestag hat am 19. Januar mit der Stimmenmehrheit der Koalition in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben im Jahr 1996 verabschiedet. Angesichts der dramatischen Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung wird der Handlungsbedarf im Krankenhausbereich noch nicht einmal von der SPD-Opposition bestritten.

Mit rd. einem Drittel-Anteil an den Leistungsausgaben ist der Krankenhausbereich der größte Ausgabenblock (ca. 80 Mrd. DM pro Jahr) in der gesetzlichen Krankenversicherung. Jeder Prozentpunkt, um den die Krankenhausaussgaben zusätzlich steigen, kostet die Krankenkassen im Jahr rd. 0,8 Mrd. DM. Da die Krankenhausaussgaben in den letzten drei Jahren mehr als doppelt so stark gestiegen sind wie die Löhne und Gehälter der Versicherten, lagen die Ausgaben in den ersten neun Monaten des Jahres 1995 bei 3,5 Mrd. DM über der Grundlohnsumme.

Bei Zugrundelegung dieser Zahlen kann man davon ausgehen, daß das Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Krankenkassen Minderausgaben von mindestens 3 Mrd. DM bedeutet.

Dieses Gesetz ist für die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Hand, den bisher ungelösten Krankenhausbereich endlich in den Griff zu bekommen, von elementarer Bedeutung. Wichtig ist, daß die Koalition parallel zu diesem strengen Budget für

1996 mit dem Gesetzentwurf zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung 1997 auch die zukünftige Entwicklung im Krankenhausbereich in Angriff genommen hat.

Das Lamento der Krankenhäuser – wie wir es von allen bisherigen Reformen bereits kennen –, daß sie aufgrund der geplanten Budgetierungen die Patienten nicht mehr versorgen könnten, ist unbegründet. Auch das Stabilisierungsgesetz 1996 sieht Steigerungsraten vor, die an die Entwicklung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst anknüpfen. BAT-Zu-

Das Inkrafttreten dieses Gesetzes bedeutet für die Krankenkassen Minderausgaben von mindestens 3 Mrd. Mark.

wachs heißt eben nicht Kürzung oder Stagnation, sondern weiterhin Steigerung. Ebenso werden Folgekosten der Krankenhausplanung zusätzlich berücksichtigt, d. h. es müssen keine bereits angelaufenen oder fest geplanten Projekte gestoppt werden.

Die Krankenhäuser brauchen endlich Planungssicherheit für das laufende Jahr 1996. Mit diesem Gesetz ist die notwendige Klarheit geschaffen. Daher mein dringender Appell an den Bundesrat, dieses wichtige Vorhaben nicht aus rein parteipolitischen Gesichtspunkten scheitern zu lassen. Wer, wie die SPD, selbst die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung als alarmierend bezeichnet und aus den Ländern die Rufe der Krankenhäuser nach einer Planungsgrundlage gehört hat, darf das Gesetz im Bundesrat nicht blockieren.

Wußten Sie, daß

- **die schleswig-holsteinische SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis nichts dagegen hat, im Bundestag mit der PDS gemeinsame Sache zu machen?**

„Wir müssen den Bundeskanzler richtig jagen. (...) Von mir aus kann man für eine vernünftige Sache, z. B. für das Bafög, auch mal mit der PDS stimmen. (...) Das ist zwar eine Kaderpartei von ‚roten Socken‘, aber wenn wir mal nicht nur mit den Grünen, sondern auch mit ihrer Hilfe dem Kohl eine schlaflose Nacht bereiten könnten, dann sollten wir das tun. Da sollten wir uns nicht ins Hemd machen.“ (Bild am Sonntag, 17. 9. 1995)

- **der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder Koalitionen von SPD und PDS für denkbar hält?**

„Im Osten habe ich den Eindruck, daß das eine denkbare Möglichkeit ist.“ (General-Anzeiger, 21. 11. 1995)

- **Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner das Thema Sozialismus keineswegs als erledigt ansieht?**

„Oskar Lafontaines Botschaft an die Partei ist: keine Angst mehr zu haben, sobald die CDU das Wort PDS ausspricht. Auch das verstehe ich unter Normalisierung unseres Verhältnisses zur PDS. Wir fingen doch an zu zittern, sobald die CDU die Keule PDS auspackte. (...)“

Aber auch heute täte ein Stück Systemkritik allen in Deutschland gut. Das Unbehagen an den bestehenden Verhältnissen sollten wir nicht allein der PDS überlassen. Ich halte es für einen schweren Fehler, wenn wir die Sehnsucht nach tiefer Veränderung und nach Weiterentwicklung unserer Gesellschaft an die PDS abtreten. (...) Ich will

das knallhart sagen: Das Thema Sozialismus, im guten Sinne des Wortes verstanden als eine Suche nach einem gerechteren Zusammenleben der Menschen, ist eben nicht mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus erledigt. Das muß doch weitergehen! Das haben wir völlig vergessen über diesem Einigungsprozeß.“ (Die Zeit, 8. 9. 1995)

- **der brandenburgische SPD-Ministerpräsident Manfred Stolpe mit der PDS zusammenarbeiten will?**

„In Sachfragen kann man mit der PDS, wie mit jeder anderen, durchaus zusammenarbeiten.“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 30. 3. 1995)

Was Sie über Lafontaines

Wunschpartner wissen sollten:

- **derselbe Manfred Stolpe aber auch schon einmal die genau entgegengesetzte Position vertritt?**

„Wer meint, prinzipiell auf die PDS zugehen zu müssen, der kauft alles mit ein, was da an kommunistischen, marxistisch-leninistischen Tendenzen auch vorhanden ist. Und er wird sich daran verbrennen.“ (ARD, „Kontraste“, 23. 11. 1995)

- **es noch im August 1994 in der „Dresdner Erklärung“ der SPD hieß:**

„Eine Zusammenarbeit der SPD mit der PDS kommt nicht in Frage?“

Ein solcher Satz kommt in Lafontaines Erklärung von Ende November 1995 nach einer Besprechung mit den SPD-Länderchefs der ostdeutschen Länder nicht mehr vor. Hier heißt es: „Wir müssen uns mit Programm und Politik der PDS inhaltlich auseinandersetzen, und dazu gehört auch ein fairer, demokratischer Umgang.“ So schnell ändern sich Grundsatzpositionen in der SPD.

Zielvorstellungen für den Sachverständigenrat „Schlanker Staat“

Reduzierung der Staatsaufgaben tut not

„Verschlankung des Staates“ heißt vor allem Reduzierung und Begrenzung der Staatsaufgaben. Nicht erst die leeren Staatskassen und das Ansteigen der Staatsquote auf über 50 Prozent haben belegt, daß das Ausmaß der staatlichen Stellen auferlegten Aufgaben inzwischen ein Übermaß angenommen hat.

Vorrangiges Ziel: Qualitative Aufgabenkritik

Reduzierung staatlicherseits wahrgenommener öffentlicher Aufgaben kann allerdings nicht nach rein quantitativen Maßstäben vorgenommen werden. Es bedarf einer permanenten qualitativen Aufgabenkritik, d. h. einer Aufgabenkritik, die sich nach rationalen Kompetenz- und Verfahrensmaßstäben richtet.

Im System des sozialen Rechtsstaates gibt es prinzipiell keinen qualitativen Abgrenzungsmaßstab des Inhalts, daß bestimmte Aufgaben der Gesellschaft und andere Aufgaben definitiv dem Staat vorbehalten sind. Dem Staat vorbehalten sind die klassischen Hoheitsaufgaben. Allerdings besteht auch hier Gestaltungsfreiheit, die sich daran zeigt, daß selbst in Aufgabenbereichen, in denen durch Gesetz öffentlich-rechtliches Handeln in öffentlich-rechtlicher Organisationsform vorgeschrieben ist, der Gesetzgeber Änderungen herbeiführen kann. Es steht ihm jederzeit frei – aktuelles Beispiel hierfür ist die Privatisierung von Bahn und Post –, diese Bereiche aus dem Kanon der Staatsaufgaben zu entlassen und sie künftig durch Private in privatrechtlicher Organisationsform erledigen zu lassen.

Im System eines der Gesellschaft, ihren Bedürfnissen und ihren Leistungsfähigkeiten geöffneten Sozialstaates lassen sich staatliche Aufgaben also nicht auf jenen Kanon klassischer Hoheitsaufgaben beschränken. In diesem Sinne gilt heute anerkanntermaßen das Prinzip der „offenen Staatsaufgabe“, d. h. der demokratische Gesetzgeber entscheidet prinzipiell selbst

Von Rupert Scholz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

nach eigenem Ermessen darüber, welche Aufgaben und ggf. in welcher Form er diese wahrnehmen will (staatlicher Kompetenzentscheid).

Als rationale Maßstäbe kommen demgemäß nur in Betracht: der Grundsatz der Erforderlichkeit, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der Grundsatz der (finanziellen/wirtschaftlichen) Leistbarkeit (Leistungsfähigkeit), das Gebot einer entsprechenden Kosten-Nutzen-Analyse (bei wirtschaftlich meßbaren Verwaltungsleistungen bzw. -zuständigkeiten), das Gebot des vertretbaren Verwaltungsaufwandes. Im Rahmen von Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit sind insbesondere auch die „gesellschaftlichen Kosten“ bestimmter staatlicher Zuständigkeiten, Regulierungen etc. mit in die Abwägung einzustellen. Als weiterer rationaler Abgrenzungsmaßstab ist auf das Subsidiaritätsprinzip abzustellen.

Als weiterer rationaler Abgrenzungsmaßstab ist auf das Subsidiaritätsprinzip abzustellen. Dieses ist sowohl auf Aufgabenbe-gründung durch Normen auf den geregel-ten Umfang staatlicher Aufgabenwahrneh-mung operationell anzuwenden. Konse- quente Subsidiarität kann im wesentlichen auch durch Delegation von Aufgaben vom Bund an die Länder sowie von den Län- dern an die Kommunen praktiziert wer- den; zugleich ist dabei aber auch die per- sönliche Eigenverantwortung des einzel- nen Bürgers gefordert.

Schließlich ist das Subsidiaritätsprinzip auch auf Aufgaben anzuwenden, die der Staat bereits wahrnimmt, die aber – mög- licherweise – der staatlichen Eigenregie oder Eigenwahrnehmung nicht mehr bedürfen; hieraus folgt eine Pflicht, mögliche Privati- sierungen immer wieder zu prüfen, wie dies in § 7 BHO ohnehin vorgesehen ist. Eine aktive Privatisierungspolitik darf sich aber nicht nur an dem Kriterium orientie- ren, ob eine bestimmte Aufgabe für den Staat finanziell verlustfrei oder gar finanzia- ell gewinnträchtig wahrgenommen werden kann. Es geht vielmehr um die entspre- chend privatisierungsfähige Funktion und nicht etwa oder gar primär um das (Nicht-)Entstehen von Verwaltungskosten.

In diesem Zusammenhang sind auch die Möglichkeiten von Mischformen der Auf- gabenwahrnehmung (z. B. private-public- partnership) in die Überlegungen einzube- ziehen.

Qualifizierter Recht- fertigungszwang für den staatlichen Gesetzgeber

Da im System der „offenen Staatsaufga- ben“ keine abstrakt-inhaltlichen (materia- len) Kriterien darüber bestehen, welche Aufgabe vom Staat wahrzunehmen ist oder nicht, bedarf es für staatliche Kompe- tenzbegründungen und Kompetenzfort-

fürungen formaler Kriterien, denen ent- sprechende Kompetenznahmen (Aufga- benbegründungen etc.) genügen müssen. Solche Kriterien müssen einen qualifizier- ten Legitimierungs- bzw. Rechtfertigungs- zwang für den staatlichen Gesetzgeber sta- tuieren, wobei es auch auf die Überprüf- barkeit und ggf. Sanktionsfähigkeit an- kommt. Zugleich sollten diese Kriterien auch von Bundestag und Bundesrat ange- nommen werden.

Was ist zu tun?

Reduzierung der Staatsaufgaben bedeutet, den bisherigen Aufgabenbestand, aber auch die Zuweisung neuer Aufgaben kri- tisch zu prüfen mit dem Ziel,

- sich vor allem auf hoheitliche Tätigkei- ten – öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verteidigung, Steuerverwaltung, Arbeit und Soziales –, aber auch auf sonstige ge- meinwohl-relevante Verwaltungsaufgaben wie Zukunftssicherung, Forschungs- und Wissenschaftsförderung, zu konzentrieren,
- die Wahrnehmung nicht mehr zwingend notwendiger Aufgaben einzustellen,
- die Wahrnehmung einer bisher staatlich durchgeführten Aufgabe Privaten zu über- lassen, wenn sie dort besser oder ebenso- gut und für den Bürger erschwinglich aus- geführt wird,
- einer Entlastung staatlicher Aufsichts- und Lenkungsinstrumente durch stärkere Nutzung privater Eigenverantwortung und berufsrechtlicher Qualifikation (etwa im Wege der Beileihung oder Indienstnahme Privater sowie sogenannter Audit- und Versicherungslösungen),
- Aufgaben auf nachgeordnete Behörden zu delegieren und ihnen damit einen größeren Gestaltungsspielraum einzuräu- men, soweit es sich nicht um Aufgaben handelt, die der Mitwirkung bei der politi- schen Willensbildung und Politikformulie-

rung oder der Umsetzung politischer Programme und Vorhaben dienen,

- der sorgfältigen Abklärung dessen, welche Aufgaben der Bund seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland aus den Bereichen an sich gezogen hat, die verfassungsrechtlich grundsätzlich allein den Ländern zugewiesen sind; insoweit könnte auch das Thema Mischfinanzierung von Bund und Ländern gemeinsam wahrge-nommener Aufgaben wieder aufzunehmen sein.

- einer strikten Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Hinblick auf die Zuweisung neuer Aufgaben durch die Europäische Union.

Berlin-Umzug als Chance für Straffung und Reduzierung der Bundesministerien

Die Ministerien des Bundes sollten durch Auslagerung operativ-administrativer Aufgaben in den Bereich der Bundesoberbehörden straffer organisiert und im Ergebnis verkleinert werden. Der bevorstehende Umzug der Bundesregierung nach Berlin bietet zu dieser Reorganisation der Bundesministerialverwaltung eine einmalige Chance. Schätzungen gehen dahin, daß heute allenfalls 40 Prozent, eher weniger, der ministeriellen Arbeiten in konzeptionell-gestaltenden Aufgaben bestehen.

Die Ministerien beschäftigen sich also heute überwiegend mit nicht genuin-politischen Aufgaben. Aus diesem Grund sollte die Bundesregierung in Kürze einen Sachstandsbericht zum Berlin-Umzug vorlegen, um insbesondere Aufschluß über die Möglichkeit zu geben, inwieweit durch den Umzug die Bundesministerien unter Einhaltung der in Bonn verbleibenden Quote von Planstellen verkleinert werden können.

Prüfaufträge an die Bundesregierung

Die Bundesregierung muß unverzüglich zu nachfolgenden Fragen detaillierte Prüfberichte vorlegen:

- In einem ersten Schritt müssen die Bundesressorts den Ist-Zustand der von ihnen einschließlich ihrem Geschäftsbereich heute wahrgenommenen Aufgaben darstellen. Vor allem sollte auch dargelegt werden, wo die jeweilige Aufgabe letztlich herrührt (z.B. aus dem Grundgesetz, aus einfach-gesetzlichen Regelungen, aus dem Haushaltsplan, aus dem Regierungsprogramm, aus sonstigen politisch-parlamentarischen Initiativen).

- In einem nächsten Schritt ist dann zu prüfen, welche dieser jetzt vom Bund wahrgenommenen Aufgaben grundsätzlich privatisierungsfähig sind; dabei ist auch der Gedanke des Wettbewerbs zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Leistungserbringung sowie der Kosten staatlicher Produkte einzubeziehen. Zu erinnern bleibt, daß die Ausweitung des öffentlichen Dienstes zwischen 1960 und 1992 um rd. 60 Prozent überwiegend im staatlichen Dienstleistungsangebot stattgefunden hat und nur zum geringsten Teil in der eigentlichen Hoheitsverwaltung. Wo (echte) Aufgabenprivatisierungen im staatlichen Dienstleistungssektor ausscheiden, ist zumindest an die verstärkte Durchführung von Organisationsprivatisierungen zu denken. Auch ließe sich eine deutlich stärkere Entlastung staatlicher Aufsichts- und Lenkungsinstrumente durch stärkere Nutzung privater Eigenverantwortung und berufsrechtlicher Qualifikation, etwa im Wege der Beileihung oder Indienstnahme Privater, denken. In den klassischen, auf genuin-hoheitliche

Tätigkeiten zugeschnittenen Ministerien bleibt Raum jedenfalls für die Privatisierung von Serviceleistungen.

■ In einem dritten Schritt muß dann geprüft werden, welche der vom Bund (weiter) wahrzunehmenden Aufgaben in den Ministerien selbst, welche im nachgeordneten Bereich durchgeführt werden sollen (Kriterien hierfür z. B.: Mitwirkung bei der Politikformulierung; Realisierung von politischen Zielen, Schwerpunkten und Programmen; Gesetzgebungsarbeit; Haushalt für den Ressortbereich). Es gibt insoweit keine a-priori-Kriterien. Stabile, über Jahre hinweg gültige Aufgabenkataloge kann es für die obersten Bundesbehörden nicht geben; die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Ministerien, bestimmen sich auch nach den sich je wandelnden politischen Zielbestimmungen.

Notwendige Schlußfolgerungen aus der Bewertung des Aufgabenbestandes

Die vorstehend angemahnte Aufgabenbewertung kann bzw. wird zu folgenden Ergebnissen führen:

- Ein bestimmter Bestand von Bundesaufgaben kann ganz entfallen.
- Ein weiterer Bestand von Bundesaufgaben kann gleichsam auf den Markt ausgelagert werden (Privatisierung).
- Ein dritter Bestand von Bundesaufgaben kann aus den Ministerien auf nachgeordnete Einrichtungen abgeschichtet werden; die Möglichkeit der Wiedereingliederung der Aufgabe in den Ministerialbereich bleibt dabei unbenommen.
- Der verbleibende Kernbestand der Aufgaben wird unter Einbeziehung moderner Erkenntnisse über die Aufgabensteuerung und der Prozeßoptimierung weitergeführt.

Europarats-Versammlung wählte Leni Fischer zur neuen Vorsitzenden

Die CDU-Abgeordnete Leni Fischer ist am 22. Januar in Straßburg zur neuen Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gewählt worden.

Die 60 Jahre alte Politikerin war die einzige Kandidatin und wurde damit auf Anhieb gewählt. Sie tritt an die Stelle des spanischen Sozialisten Miguel Angel Martinez, der der Versammlung während der vergangenen drei Jahre vorstand.

In einer entscheidenden Phase

In einem Glückwunschschreiben hat Bundeskanzler Helmut Kohl der neuen Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats herzlich

gratuliert und die Wahl in dieses hohe Amt als Auszeichnung und zugleich Anerkennung für das große Ansehen und Vertrauen bezeichnet, das sich Leni Fischer in ihrer Tätigkeit als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats erworben habe.

Helmut Kohl: „Sie übernehmen Ihr Amt in einer für die Zukunft unseres Kontinents entscheidenden Phase. Dabei geht es auch um die weitere Integration der Reformstaaten Osteuropas in die europäischen Institutionen sowie die Sicherung von Menschenrechten und Demokratie in ganz Europa. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen kommt dem Europarat auch künftig eine besondere Rolle zu.“

Keine überstürzte Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge

Der Friedensprozeß in Bosnien-Herzegowina war kaum in Gang gekommen, schon wurde die Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge ange-mahnt. So richtig es ist, daß die Flüchtlinge nur Gäste auf Zeit sind, daß sie nur während der Zeit des Bürgerkrieges Schutz durch Aufnahme in Deutschland erhalten sollten, so bedeutsam ist die Feststellung, daß eine überstürzte Rückführung niemandem nutzt.

In Deutschland halten sich derzeit rund 320.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien auf, davon 120.000 Ledige. 30.000 haben Asyl beantragt.

Das Friedensabkommen von Dayton vom 14. Dezember 1995 bietet die Chance eines Friedens in Bosnien-Herzegowina und der Rückkehr der vertriebenen Flüchtlinge. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes und ein friedliches Zusammenleben der Menschen werden jedoch eines längeren Prozesses und der Hilfe von außen bedürfen. Nicht zuletzt die europäischen Nachbarn sind hier gefordert, diesen Prozeß mit allen Kräften zu unterstützen.

Deutschland hat sich seiner Verantwortung für den Frieden in der Region in besonders vorbildlicher Weise gestellt. Neben dem etwa 30%igen Anteil an den EU-Leistungen von 1993 bis 1995 und der bilateralen technischen Hilfe in Bosnien-Herzegowina hat es zeitweise mehr als 400.000 Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawiens aufgenommen. Es hat insgesamt Leistungen in zweistelliger Milliardenhöhe erbracht.

Das Friedensabkommen von Dayton bietet eine Grundlage für die Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Die Flüchtlinge

wurden aus humanitären Gründen aufgenommen; sie sollten vor dem Bürgerkrieg geschützt werden, so lange dieser andauerte. Eine baldige Rückkehr liegt im Interesse der Betroffenen, im Interesse unserer Bürger, insbesondere aber auch im Interesse des Wiederaufbaus der Region.

Die Bürgerkriegsparteien sind verpflichtet, die Voraussetzungen für eine baldige und sichere Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge zu schaffen.

Das Friedensabkommen von Dayton enthält in Anhang 7 bereits selbst umfangrei-

**Von Erwin Marschewski,
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Inneres und Sport der
CDU/CSU-Bundestags-
fraktion**

che Regelungen zur Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge. Dabei sind die beiden wesentlichsten Punkte, daß jeder Flüchtling und Vertriebene das Recht auf freie Rückkehr in sein ursprüngliches Haus oder seine ursprüngliche Wohnung hat und seine Sicherheit dabei in vollem Umfang gewährleistet wird, und daß dem UNHCR bei der Rückführung eine maßgebliche Rolle eingeräumt wird. Daneben sind Regelungen zur wirtschaftlichen Unterstützung, zum Verfahren bei Ansprüchen auf Haus und Grundbesitz sowie zu einer Amnestie getroffen worden. Ausgehend von dem Friedensschluß in Dayton hat sich bereits die Innenministerkonferenz vom 15. Dezember 1995 mit den Konsequenzen für die in Deutschland aufgenommenen Bürgerkriegsflüchtlinge

befaßt und in einem umfangreichen Beschluß erste Schlußfolgerungen gezogen. Dabei wird vor allem zum Ausdruck gebracht, daß die Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsgebiet nach dem Friedensschluß nicht mehr als Bürgerkriegsflüchtlinge anzusehen sind und der bestehende Abschiebungsstopp nach § 54 AuslG nicht mehr für die nach dem 15. Dezember 1995 eingereisten Flüchtlinge gilt und für alle zum 31. März 1996 ausläuft. Die Einzelfragen einer gestaffelten Rückführung sollen auf einer Sonder-IMK Ende Januar 1996 beraten werden. Zur Vorbereitung dieses Treffens hat sich die Bund-/Länder-Arbeitsgruppe „Rückführung“ am 9. Januar 1996 getroffen und erste Vorstellungen für eine gestaffelte Rückführungsregelung entwickelt.

Nach diesem Konzept, das entgegen einigen Pressemeldungen keineswegs beschlossen ist, sondern lediglich Entscheidungsgrundlage für die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder sein soll, wird zwar für den Beginn der Rückführung am 1. April 1996 (Auslaufen des Abschiebestopps) festgehalten, die eigentliche zeitliche Staffelung beginnt aber erst zum 1. Juli 1996. In einer ersten Phase sollen dann bis zum 1. Juli 1997 die ledigen Bürgerkriegsflüchtlinge sowie die Verheirateten ohne Kinder zurückgeführt werden.

Im Sommer 1997, nach Ende des Schuljahres, sollen dann die Familien mit minderjährigen Kindern heimkehren, danach besondere Härtefälle, wie etwa Traumatisierte. Bei diesem Konzept wurde bewußt weder darauf abgestellt, ob die Flüchtlinge aus einem Ort kommen, der inzwischen von einer anderen ethnischen Gruppe verwaltet wird – das entspräche nicht den in Dayton verabredeten Grundsätzen – noch auf den Grad der jeweiligen Zerstörung der Regionen.

Diese Vorstellungen müssen selbstverständlich auch mit der bosnischen Regie-

rung, dem UNHCR und den übrigen Aufnahmeländern Westeuropas erörtert und soweit wie möglich abgestimmt werden. Die Gespräche und Verhandlungen hierzu haben bereits begonnen. So war der bosnische Flüchtlings- und Sozialminister am 12. Januar 1996 zu einem ersten Gespräch bei Bundesminister Kanther. Am 15. Januar 1996 kam es zu einem ersten Gespräch mit Frau Ogata, und am 16. Januar fanden in Genf Gespräche zwischen dem UNHCR und allen Aufnahmestaaten statt.

Vorstellungen, Rückführungen dürften nur auf freiwillige Basis vorgenommen werden, gehen fehl. Sie berücksichtigen nicht, daß die Aufnahme aus humanitären Gründen erfolgte, solange der Bürgerkrieg andauerte. Wir brauchen vielmehr ein flexibles zu handhabendes Phasenkonzept für die Rückführung der in Deutschland lebenden Bürgerkriegsflüchtlinge.

Überlegungen, Rückführungen aus Deutschland erst vorzusehen, nachdem zunächst die innerhalb Bosniens untergebrachten Flüchtlinge und dann die in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens untergekommenen Flüchtlinge in ihre Heimorte zurückgekehrt sind, berücksichtigen die besondere Belastung Deutschlands, das fast die Hälfte aller ins Ausland geflohenen Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen hat, nicht ausreichend.

Vorstellungen, Deutschland solle jedem rückzuführenden Flüchtling eine „Prämie“ von 10.000 DM zahlen, berücksichtigen weder, daß auch der Leistungsfähigkeit Deutschlands Grenzen gesetzt sind, noch tragen sie dem Rechnung, daß der Wiederaufbau des zerstörten Jugoslawiens keine deutsche, sondern eine internationale Aufgabe darstellt, an der sich namentlich die bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht so stark engagierten EU-Partner beteiligen sollten. ■

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der EVP gegründet

Am 12. Januar fand in Brüssel der Gründungskongreß der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der EVP unter dem Vorsitz von Lieven Lenaerts, ehemaliger Vorsitzender der Europäischen Mittelstandsvereinigung (EMV), statt.

Durch die Vergrößerung der EVP auf 20 Mitgliedsparteien wurde eine Neustrukturierung der Interessenvertretung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) auf europäischer Ebene notwendig. Aus diesem Grunde wurde die EMV, anerkannte Vereinigung der EVP, zum 31. 12. 1995 aufgelöst.

Der Gründungskongreß der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist auf sehr großes Interesse gestoßen, neben 33 Delegierten von Mitgliedsparteien aus 12 europäischen Ländern waren zahlreiche Gastdelegierte ohne Stimmrecht anwesend.

Vertreter folgender Parteien und EVP-Mittelstandsorganisationen waren anwesend: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (D); Partido Popular (E); CCD, CdU, PPI und Wirtschaftsausschuß der SVP (I); der CDA (NL); CVP und PSC (B); Wirtschaftsbund der ÖVP (A); Unternehmerrat der Moderaterna (S); Kokoomus (FIN); Noa Democratica (GR); CSV (LUX). Eine portugiesische Delegation unter dem Vorsitz von Lucas Pires, MdEP, hat nach dem Kongreß ebenfalls ihre Mitarbeit angekündigt. Als assoziierte Mitglieder waren vertreten: CVP (CH) und Parti Nazzjonalista (Malta).

Auch der Vorsitzende der EVP, Wilfried Martens, und der Generalsekretär, Klaus Welle, nahmen an der Gründung teil und

betonten die Wichtigkeit dieser Vereinigung für die politische Arbeit der EVP.

Die Delegierten nahmen eine neue Satzung an, die von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Frau Thyssen MdEP, erarbeitet worden ist, und wählten auch direkt ein neues Präsidium:

Präsidium:

- Präsidentin: Marianne Thyssen, MdEP (B)
- Co-Präsidentin: Karla Peijas, MdEP (NL)
- Juan M. Fabra, MdEP (E)
- Werner Frick, Minister für Handwerk und Handel (I)
- Paul Rübzig, MdEP (A)
- Karl v. Wogau, MdEP (D)
- Athanasios Xarhas, nationaler Parlamentarier (GR)
- Generalsekretär: Martin Novak (A)

Ehrenpräsident:

- Ingo Friedrich, MdEP (D)

Warum eine Mittelstandsvereinigung?

In den Reihen der EVP ist man sich bewußt, daß die kleinen und mittleren Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Man ist sich ebenso dessen bewußt, daß wichtige Entscheidungen betreffend KMU und freiberuflich Tätige mehr und mehr innerhalb der Europäischen Union getroffen werden.

Unter Führung des Präsidiums wird eine Politik der strukturellen Vernetzung der KMU entwickelt werden, die die EVP-Mitgliedsparteien, die nationalen Mittelstandsorganisationen christdemokratischer

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Krise der öffentlichen Haushalte ist Anlaß und Chance zugleich, über neue Wege der kommunalen Kulturförderung nachzudenken und diese dann auch zu beschreiben – so Dr. Günther Rüter, Mitglied der Geschäftsleitung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., in einem Einladungsschreiben.

Es bezieht sich auf:
Veranstaltung Nr. 62

Gemeinden und Städte in der Verantwortung – Neue Wege der Kommunalen Kulturförderung

Fachtagung für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich

17. bis 20. März 1996

Ort: Schloß Eichholz/Wesseling

Einige der Themen:

- Kulturförderung für Schule, Kultur, Sport und Medien beim Deutschen Städte- und Gemeindebund
- Kommunale Kulturförderung konkret. Beispiele: Stadt Wesseling, Stadt Bonn, Landkreis Weimar-Land und Stadt Apolda
- Kultursponsering und Kulturmanagement
- Kulturförderung und Steuerungsmodelle – Chancen und Risiken für kulturpolitische Entscheidungen
- Kultur- (und) Politik – Möglichkeiten und Grenzen der Politik für eine zukunftsgerechte Kulturförderung

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax-Nr.: 0 22 36/7 07-2 30

Ausrichtung sowie die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament miteinander verbindet.

In ihrer Dankesrede unterstrich die neue Präsidentin, Marianne Thyssen, MdEP, die Wichtigkeit der KMU für Vollbeschäftigung. Mehr als die Hälfte des Umsatzes im privaten Sektor, werden von Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten erzielt. Sie stellen auch mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze. Wenn man sich an die aktuelle sehr weit gefaßte Definition der Kommission hält (bis zu 500 Beschäftigte), dann liegen die Zahlen noch wesentlich höher. „In diesen Jahren der Krise sind die KMU ein Stabilitätsfaktor“, so die Präsidentin.

Aufgaben

Die Hauptaufgabe der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist also die Vertretung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Institutionen der Europäischen Union.

Besonders im Dienstleistungsbereich haben die KMU in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze schaffen können. „Es müssen nun vor allem günstige Rahmenbedingungen für die KMU geschaffen werden, damit Großunternehmen, die Dienstleistungen und Produktion verstärkt ausgliedern. Aufträge nicht in Drittstaaten verlagern“, so der neue Generalsekretär Martin Novak.

Sozialversicherungsabkommen mit Israel und den USA ergänzt

Der Deutsche Bundestag hat am 18. Januar in 2. und 3. Lesung der Ergänzung der Sozialversicherungsabkommen mit Israel und den USA zugestimmt. Danach können dort lebende deutschsprachige Juden eine Fremdreente erhalten. Voraussetzung ist allerdings, daß sie Beiträge zur Rentenversicherung nachentrichten.

Damit wird ein Beschluß des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 1989 anlässlich der Beratungen zum Rentenreformgesetz 1992 umgesetzt. Die Zusatzabkommen mit Israel und den USA sind im Mai 1995 vom Bundeskabinett beschlossen worden. Die Regelung ist eine maßvolle und vernünftige Weiterentwicklung der unter Bundeskanzler Adenauer begonnenen Wiedergutmachung gegenüber jüdischen Mitmenschen, die unter den Nationalsozialisten gelitten haben. Sie trägt dazu bei, daß auch das vereinte Deutschland seiner besonderen historischen und moralischen Verantwortung in der Welt gerecht wird.

Die Zahl der dadurch begünstigten jüdischen Rentner wird mit höchstens 35.000 angegeben. Somit liegen die jährlichen Aufwendungen für die Rentenversicherung in den nächsten 10 bis 15 Jahren voraussichtlich bei rund 2 Milliarden DM.

Insgesamt sollte nicht vergessen werden, daß diese Rentenzahlungen nicht einmal 0,1 Prozent der gesamten Rentenausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung ausmachen. Die Kosten werden zu 80 Prozent von der gesetzlichen Rentenversicherung und zu 20 Prozent vom Bund getragen.

Die Zusatzabkommen ergänzen die Abkommen über soziale Sicherheit und sollen die Zahlung von Fremdreenten an deutschsprachige Juden in Israel bzw. den USA ermöglichen, die aus osteuropäischen Staaten nach Israel oder in die USA ausgewandert sind. Es handelt sich um Personen, die bei Beginn der allgemeinen Verfolgungsmaßnahmen durch den Nationalsozialismus dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehörten.

Sie haben sich jedoch wegen des Antisemitismus in den 20er und 30er Jahren nicht zum deutschen Volkstum bekannt,

Vernünftige Weiterentwicklung der unter Konrad Adenauer begonnenen Wiedergutmachung

weil sie ihre Identität als Juden nicht aufgeben wollten. Obwohl sie dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehörten, konnten sie allein wegen des fehlenden Bekenntnisses zum deutschen Volkstum nicht als Aussiedler anerkannt werden und damit auch nicht die Leistungen des Fremdreentengesetzes erhalten.

Um die rentenrechtliche Gleichstellung der deutschsprachigen Juden mit deutschstämmigen Aussiedlern zu erreichen, wurden sie im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1989 mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in das Fremdreentengesetz einbezogen und erhalten hierdurch die in den Herkunftsgesetzen zurückgelegten Beitrags- und Beschäftigungszeiten in der deutschen Rentenversicherung anerkannt.

Bislang wurde eine Rente aus diesen Zeiten (Fremdreente) aber grundsätzlich nur

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Politik ist Kommunikation, ist Gespräch, ist Arbeit in der Öffentlichkeit und für die Öffentlichkeit ...

Dies spiegelt sich in den Programmen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – insbesondere in den Veranstaltungen

Politische Kommunikation – Trainings für die Praxis

Reihen, Veranstaltungsorte, Termine:

● Rhetorik für die politische Praxis

- ▶ 22. 3.–24. 3. 96 (Zerbst)
- ▶ 7. 6.–9. 6. 96 (VA 119, Eichholz)
- ▶ 21. 6.–23. 6. 96 (VA 133, Eichholz)
- ▶ 5. 7.–7. 7. 96 (o. Nr., Eichholz)

● Argumentationstrainings für Frauen

- ▶ 15. 3.–17. 3. 96 (Zerbst)
- ▶ 22. 11.–24. 11. 96 (Köthen)

● Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- ▶ 29. 3.–31. 3. 96 (Genthin)

▶ 17. 5.–19. 5. 96 (VA 104, Eichholz)

▶ 31. 5.–2. 6. 96 (VA 112, Eichholz)

▶ 5. 7.–7. 7. 96 (o. Nr., Eichholz)

Die diesen Veranstaltungen zugrundeliegenden Einsichten:

- Medien und Politik müssen keine Gegner sein.
- Politischer Erfolg basiert nicht unbedingt auf Zufällen.

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

▶ zu Veranstaltungen in Eichholz:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax: 0 22 36/7 07-2 30

▶ zu Veranstaltungen
in Sachsen-Anhalt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Wendgräben
Postfach 16, 39279 Loburg
Fax: 03 92 45/27 85

bei Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gezahlt. Die in Israel und in den USA lebenden Personen konnten trotz der Einbeziehung in das Fremdrentengesetz keine Fremdrente erhalten. Eine Zahlung der Fremdrente ins Ausland war nur möglich, sofern Beiträge zur Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland geleistet wurden.

Die Zusatzabkommen berechtigen nun, auf Antrag freiwillige Beiträge zur deutschen Rentenversicherung nachzutrichen, um auf diesem Weg die Zahlung der Fremdrente nach Israel bzw. den USA zu ermögli-

chen. Voraussetzung ist, daß bis zum 30. Juni 1990 der gewöhnliche Aufenthalt in Israel bzw. den USA genommen wurde.

Die Fremdrente ist für die Zeit vom 1. Juli 1990 bis zum 30. Juni 1993 auf das Rentenniveau der neuen Bundesländer und für die Zeit ab 1. Juli 1993 wie die Fremdrente in den alten Bundesländern auf 70 Prozent des Rentenniveaus West begrenzt. Dies erscheint angemessen unter dem Gesichtspunkt, daß die ins Ausland zu zahlende Fremdrente nicht höher sein sollte als Renten, wie sie teilweise im Inland gezahlt werden.

Helmut Kohl: Geradlinig im Denken und verlässlich im politischen Handeln

Die Aufzählung von Funktionen ist wichtig. Aber sie sagen eigentlich nicht genug aus über den Menschen Alfred Dregger. Das erste war immer ganz selbstverständlich Ihre Geradlinigkeit im Denken und vor allem Ihre Verlässlichkeit im politischen Handeln. Wir haben diskutiert, wir haben uns geeinigt. Winkelzüge waren nie Ihre Sache.

Die Maßstäbe, die Sie für sich in Anspruch nahmen, auch von anderen anmahnten, waren immer Grundsatztreue und Standfestigkeit. Wir erinnern uns noch lebhaft an Ihr klares Eintreten für den NATO-Doppelbeschluss, als so viele in Deutschland wankten, und an Ihr unbeirrtes Eintreten für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Gelebte Vaterlandsliebe

Gelebte Vaterlandsliebe ist für Sie etwas ganz Selbstverständliches. Und Sie sind im besten Sinne, wie es Thomas Mann ausgedrückt hat, ein deutscher Europäer und ein europäischer Deutscher. Hier gab es für Sie nie einen Gegensatz.

Für Sie ist Vaterlandsliebe nicht irgendein „bloßes Gefühl“, sondern eine – wie Sie formuliert haben – „sittliche Pflicht“. Sie haben immer angemahnt, daß wir aus dieser Pflicht heraus selbstverständlich auch weltoffen und für andere da sind.

Daß Sie an der Einheit Deutschlands festgehalten haben in einer Zeit, als viele mehr wankten als standen, will ich hier noch einmal besonders hervorheben. Sie gehörten nicht zu denen, die überlegten, ob man sich in einer – wie manche damals glaubten – Übergangszeit in der Geschichte rechtzeitig ans andere Ufer retten sollte. Sie standen auf festem Grund.

Was fällt noch auf? Dies ist in Bonn nicht eben häufig, und deswegen sage ich es: Alfred Dregger ist ein Herr. Wenn man die sonst üblichen Umgangsformen hier erlebt, dann ist das mehr als bemerkenswert. Er ist ein Mann, der seine Meinungen als Grandseigneur mit Charme vorträgt, der werbend ist. Er ist ein guter Kamerad und – wie ich bezeugen kann – ein treuer Freund.



Wolfgang Schäuble:

Klar, standhaft, ohne Furcht

Alfred Dregger ist 75 Jahre geworden, und wir alle freuen uns mit ihm. Wir Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 294 stolze, selbstbewußte Frauen und Männer, wir sind stolz auf unseren langjährigen Fraktionsvorsitzenden und unseren Ehreuvorsitzenden.

Alfred Dregger: Gemeinsam unschlagbar

Ich freue mich, daß ich meinen Geburtstag in der Mitte von CDU und CSU und ihrer Bundestagsfraktion feiern kann. CDU und CSU sind Schwesterparteien, die aufeinander angewiesen sind. Jede verlöre ohne die andere ihren besonderen Charakter. Gemein-

sam sind sie unschlagbar. Sie sind die konstruktive Antwort des deutschen Volkes auf die Brüche und Zusammenbrüche seiner Geschichte. Solange sie intakt sind, können Deutschland und seine freiheitliche Verfassung nicht zugrunde gehen.

Alfred Dregger ist ein Politiker, der auf der einen Seite immer in der politischen Auseinandersetzung klar, standhaft, ohne Furcht vor Angriffen und Kritik gewesen ist, aber der zu persönlichen Verletzungen und Verunglimpfungen völlig unfähig gewesen ist. Deswegen ist politische Auseinandersetzung und politische Gegnerschaft

Aus den Ansprachen auf dem Empfang für Alfred Dregger zu seinem 75 Geburtstag am 17. Januar

für ihn nie Feindschaft gewesen, sondern war immer der Respekt vor dem Menschen und das Wissen um die gemeinsame demokratische Verantwortung.

Die Verbindung von Führung und Unterstützung und der Zusammenhalt in einer Koalition, das hat Alfred Dregger in den neun Jahren, in denen er Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewesen ist, wirklich vorbildlich und mustergültig gelebt.

Alfred Dregger ist ein wahrer Patriot in des Wortes bester Bedeutung. Er hat wie wenige andere unbeirrbar am Ziel der Einheit Deutschlands festgehalten. Ich bin ganz sicher, daß es zu den schönsten Erlebnissen in seiner politischen Laufbahn gehört, daß sich die Einheit unseres Vaterlandes vollendet hat.

Michael Glos:

Ein verlässlicher und loyaler Partner

Alfred Dregger war immer ein Freund der CSU. Er zählt meiner Erinnerung nach zu jenen ganz wenigen Spitzenpolitikern unserer Schwesterpartei, denen persönliche Konflikte mit Franz Josef Strauß erspart blieben. Und was das heißt, wissen einige der Anwesenden besser als ich. Alfred Dregger war für uns immer ein verlässlicher und loyaler Partner. Jahrelang war er zusammen mit meinen Vorgängern Theo Waigel und Wolfgang Bötsch Garant für eine faire Zusammenarbeit der Unionsparteien. Er war sich immer bewußt, daß die Bonner Unionsfraktion aus zwei selbständigen Schwesterparteien besteht.

Daß Patriotismus nichts mit Engstirnigkeit zu tun hat, mit Abgrenzung oder Ausgrenzung, das kann man auch bei Alfred Dregger daran sehen, wie sehr er sich für die Europäische Einigung einsetzte und wie er Europa immer auch verstanden hat in der Vielfalt und Einheit zugleich, als eine kulturelle Gemeinschaft. ■

Asylbewerberzahlen für 1995

Die geltende Neuregelung hat sich bewährt

Im gesamten Jahr 1995 haben 127.937 Personen beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Asyl beantragt. Dies entspricht in etwa der Vorjahreszahl (1994: 127.210).

Im Monat Dezember 1995 waren es 10.400 Personen (Vormonat November 1995: 13.153). Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vormonat um 2.753 Personen (20,9 Prozent).

Der Zugang von Asylbewerbern aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ist gegenüber 1994 um 16,7 Prozent (6.570 Personen) gesunken, während die Zahl der Personen aus der Türkei um 33,5 Prozent (6.396 Personen) zugenommen hat. Die erhebliche Steigerung von Asylbewerbern aus der Türkei dürfte auch auf die Diskussion über Abschiebestoppregelungen im Frühjahr 1995 zurückzuführen sein.

Aus den Staaten Ost- und Südosteuropas kamen 1995 insgesamt 41.894 Asylbewerber (32,7 Prozent aller Asylbewerber). Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 1995 52,7 Prozent (67.411 Personen).

32.711 Asylbewerber stammten 1995 aus dem ehemaligen Jugoslawien (Vorjahr: 39.281). Davon kamen 1.051 aus Makedonien (Vorjahr: 1.038), 487 aus Kroatien (Vorjahr: 539), 14 aus Slowenien (Vorjahr: 4), 4.932 aus Bosnien-Herzegowina (Vorjahr: 7.296) und 26.227 aus der BR Jugoslawien (Vorjahr: 30.404).

Das Bundesamt hat 1995 über die Anträge von 200.188 Personen entschieden. Als

Asylberechtigte anerkannt wurden 18.100 Personen (9 Prozent). Abschiebeschutz nach § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes erhielten 5.368 Personen (2,7 Prozent). Abgelehnt wurden die Anträge von 117.939 Personen (58,9 Prozent). Sonstwie erledigt wurden die Anträge von 58.781 Personen (29,4 Prozent).

Die Zahl der Personen, über deren Anträge das Bundesamt noch nicht entschieden hat, betrug Ende 1995 82.642.

Bei den Gerichten waren Ende August 1995 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) noch rd. 190.000 Asylstreitigkeiten anhängig, von denen rd. 277.000 Personen betroffen waren.

Entwicklung bei einzelnen Herkunftsländern

Der Anteil der Asylbewerber aus den Staaten Ost- und Südosteuropas hat 1995 im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen. 1993 kamen noch 66,2 Prozent (213.558 Personen) aller Asylbewerber aus diesen Staaten. 1994 waren es immerhin noch 45,6 Prozent (58.043 Personen). 1995 ist der Anteil auf 32,7 Prozent (41.894 Personen) gesunken.

Wie schon in den Jahren zuvor, bildeten die Asylbewerber aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien auch 1995 die stärkste Gruppe. Insgesamt kamen 32.711 Asylbewerber aus diesen Staaten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 25,6 Prozent.

Abschiebungen und freiwillige Ausreisen

Die Länder haben bisher rd. 18.500 Abschiebungen ehemaliger Asylbewerber im Jahr 1995 gemeldet. Die Meldungen sind allerdings noch unvollständig. Für Dezember liegen noch keine und für November nur vereinzelte Angaben vor. Manche Länder müssen noch für mehrere Monate nachmelden. Daher wird sich die Zahl der Abschiebungen noch deutlich erhöhen. Die Zahlen von 1994 (36.183) und 1993 (36.165) dürften indes kaum erreicht werden. Auch hier zeigen sich die unerfreulichen Auswirkungen fortdauernder Auseinandersetzungen um die konsequente Anwendung des neuen Asylrechts.

Zur Zahl der kontrollierten freiwilligen Ausreisen ehemaliger Asylbewerber liegen bisher nur wenige Angaben der Länder vor. Erfahrungsgemäß entspricht diese Zahl in etwa der Zahl der Abschiebungen.

Hinzu kommt noch eine unbekannte Zahl ehemaliger Asylbewerber, die ohne staatliche Kontrolle ausgereist sein können, so daß für die Behörden unklar ist, ob sie Deutschland verlassen haben oder untergetaucht sind. Für eine zuverlässige Schätzung dieser Zahl liegen keine ausreichenden Anhaltspunkte vor.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Die Asylbewerberzahlen für das Jahr 1995 verdeutlichen, daß sich die seit dem 1. Juli 1993 geltende Neuregelung des Asylrechts bewährt und zu einer positiven Entwicklung geführt hat. Der Zustrom von Asylbewerbern ist damit nach 438.191 Asylbewerbern im Jahre 1992, 1993: 322.599, 1994 127.210 auf 127.937 im Jahre 1995 um $\frac{2}{3}$ zurückgegangen.

Die drei Eckpfeiler des Asylkompromisses – Drittstaatenregelung, Herkunftsstaatenregelung und Flughafenregelung – haben

sich als wirksam erwiesen. Im Zusammenwirken mit effizienten Grenzkontrollen sichern sie die Wirksamkeit der Asylrechtsneuregelung.

Insbesondere das Konzept der sicheren Drittstaaten ist überzeugend und muß erhalten bleiben. Dieses Konzept entspricht europäischem Standard und wird von mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union angewandt. Allein schon durch ihre Existenz hat die Drittstaatenregelung mit der Möglichkeit der Grenzabweisung maßgeblich zu dem festgestellten Rückgang der Asylbewerberzahlen beigetragen.

Trotz starker Verringerung ist die Zahl derjenigen, die Monat für Monat in Deutschland Asyl beantragen, noch immer zu hoch. Es muß alles getan werden, um sie weiter zu verringern. Verglichen mit den Zahlen der Nachbarländer trägt Deutschland nach wie vor bei weitem die Hauptlast. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, in gutem Einvernehmen mit allen Mitgliedstaaten der EU eine für alle annehmbare Lösung zu finden, die zu einer gerechten Lastenverteilung führt.

Das Schlepperunwesen hat nach wie vor eine beunruhigende Größenordnung und einen hohen Anteil am Zustrom unberechtigter Asylbewerber. Schlepperorganisationen müssen weiterhin unnachsichtig bekämpft werden. Am wirksamsten geschieht das, wenn auch in der Herkunftsländern deutlich sichtbar wird, daß es schwierig ist, unerkannt über die Grenze nach Deutschland zu gelangen, daß ein unberechtigter Aufenthalt ein schnelles Ende findet und deshalb Schlepperlöhne die getäuschten Menschen nur ärmer machen.

Eine zügige Abwicklung der anhängigen Asylverfahren ist dabei besonders wichtig. Intensive Bemühungen des Bundesamtes, die Dauer anhängiger Asylverfahren zu verkürzen, werden dazu beitragen, nach

wirtschaftliches Wachstum von ungeahntem Ausmaß beschert, das die Bundesrepublik schon in kurzer Zeit an eine Spitzenposition unter den Industriestaaten führte. Lastenausgleich, Kindergeld, sozialer Wohnungsbau und die dynamische Rente gehörten bald zu den Pfeilern, die das vielgerühmte soziale Netz der Bundesrepublik tragen. Die Kombination von Leistung, Wettbewerb und sozialer Sicherung hat den Grundstein für die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der Bundes-

Deutschland wurde zum anerkannten Ort für soziale Sicherheit und sozialen Frieden. Und daß wir die Wiedervereinigung wirtschaftlich schultern konnten, verdanken wir ebenfalls der Sozialen Marktwirtschaft.

Von einem bin ich überzeugt: Die Menschen in Deutschland wollen keinen weiteren Sozialismusversuch auf deutschem Boden. Und sie wollen auch nicht, daß die alte SED mit dem neuen Namen PDS wieder Macht über Menschen bekommt! Des-



Beim Festakt (v. l.): Gerhard Klippstein, Kreisvorsitzender Dietrich Thiede, Generalsekretär Peter Hintze, Bezirksvorsitzender Reinhard Göhner und Alt-Bürgermeister Kurt Schober.

Foto: Oliver Schwabe

republik Deutschland gelegt. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, die schrecklichen Kriegsfolgen zu mildern und - wo immer möglich - zu überwinden.

Dies müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen: Dank der Sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland ungeheure Aufbauleistungen vollbringen können, die im internationalen Vergleich einmalig sind: Viele Millionen Ausgebombte, Flüchtlinge und Vertriebene wurden mit neuem Wohnraum und Aufbauhilfen versorgt.

halb rufe ich von Herford den Sozialdemokraten zu: Ziehen Sie wieder die klare Trennlinie nach links. Für die PDS muß das gleiche gelten wie für die Repse: eine klare Ablehnung durch die demokratischen Parteien!

Die politische Leistung, die man vor allen anderen mit Konrad Adenauer verbindet, bleibt die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis. Es war eine Weichenstellung von historischer Bedeutung. Diese Entscheidung war weit mehr als nur die Wahrnehmung einer

außenpolitischen Option. Auch sie war die unmittelbare Konsequenz einer Wertüberzeugung, die den Menschen als freies und selbstbestimmtes Individuum betrachtet und die die Garantie der Menschenrechte zur Voraussetzung jeder staatlichen Ordnung erhebt.

Das eindeutige und klare Bekenntnis der Bundesrepublik zu Demokratie und Menschenrechten hat den Boden bereitet für das Vertrauen, das Deutschland als Partner der freien Welt heute genießt. Zugleich war es die wichtigste Grundlage für die Überwindung der staatlichen Teilung, die uns vor wenigen Jahren gelungen ist.

Adenauer hatte die Zeichen der Zeit klar erkannt: Vorausschauend und konsequent hat er Deutschland an die Seite der freien Völker und in den Kreis der europäischen Gemeinschaft geführt.

Heute sind unsere Soldaten mit den anderen NATO-Partnern im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt, um den Frieden zu schützen. Diese Beteiligung der Bundeswehr ist die Einlösung einer politischen und moralischen Verpflichtung. Wir haben aber auch die politische und moralische Pflicht, uns hinter unsere Soldaten zu stellen. Ich will keine Gerichtsschelte betreiben, aber eines ganz deutlich sagen: Eine Gesellschaft, die zuläßt, daß ihre Soldaten als Mörder beschimpft werden dürfen, säßt an dem Ast, auf dem sie selber sitzt!

Adenauers Politik der Aussöhnung und Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern in Ost und West - allen voran Frankreich - ist zum Maßstab bundesdeutscher Außenpolitik geworden. Gemeinsam mit Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten hat Konrad Adenauer die Fundamente für den Bau eines gemeinsamen Europas gelegt.

Adenauer hat uns Europa ans Herz gelegt. Und wir sind mit Herz und Sinnen gefor-

dert, dieses Ziel kraftvoll anzustreben. Lassen Sie mich eine aktuelle Bemerkung machen: Wir brauchen die Währungsunion. Europa verzettelt sich - bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück, wenn wir diese Chance nicht ergreifen. Die Währungsunion dient unserer Wirtschaft. Sie dient unseren Arbeitsplätzen. Sie ist aber auch der entscheidende Schlüssel zum Zukunftstor mit Namen „Stabilität“. Nur als Stabilitätsgemeinschaft können wir die Zukunft meistern. Ökonomisch und politisch.

Adenauer hat ohne Einschränkung die moralische Verpflichtung der Deutschen gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Terrorherrschaft wahrgenommen. Es gehört zu seinen großen Verdiensten, daß er die aufrichtige Aussöhnung mit Israel und die Wiedergutmachungsleistungen für die unzähligen Opfer in Gang gesetzt hat. Wer in der vergangenen Woche den Besuch des israelischen Staatspräsidenten Weizman in Deutschland verfolgt hat, kann ermesen, welch langer Weg zurückgelegt wurde - aber auch, wie schwierig dieser Weg war. Konrad Adenauer hatte den Mut und die Größe, ihn zu beschreiten.

Mit unübertroffener Zielstrebigkeit hat Adenauer seine großen Leitlinien verfolgt und trotz mancher Rückschläge und Enttäuschungen unbeirrbar daran festgehalten. Was ihn dazu befähigte, war zum einen die Einsicht in die verhängnisvollen Irrtümer der Weimarer Politik, zum anderen sein unbeugsamer, verantwortungsbewußter Gestaltungswille für eine bessere Zukunft. Adenauer hat die notwendigen Lehren aus der jüngsten deutschen Geschichte gezogen, seine Politik in der Gegenwart konsequent danach ausgerichtet und zugleich die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt. Dieser Mann war ein Glücksfall für die deutsche Nachkriegsgeschichte.

Adenauer war ein Meister der historischen und politischen Analyse. So manchen Gesprächspartner hat er in einer weit gespannten „tour d'horizon“ bis weit in die Kaiserzeit zurückgeführt und ihm die Umriss seines Politik- und Geschichtsverständnisses erläutert. Und Adenauer war ein Realist. Niemals hat er den Fehler begangen, die deutschen Möglichkeiten zu überschätzen. In nüchterner Abwägung des Wünschbaren und des Möglichen hat er stets die richtige Wahl getroffen – er hat sich weder auf das riskante Experiment einer deutschen Schaukelpolitik zwischen den Blöcken noch auf die irreführenden deutschlandpolitischen Offerten aus dem Osten eingelassen. Adenauer hat die deutsche Politik statt dessen in ein sicheres Fahrwasser in Richtung Westen geleitet.

Adenauer, der Realist – aber das beschreibt ihn nur unvollkommen. In Wirklichkeit war Adenauer vor allem auch ein Visionär. Ein Visionär, der in schwieriger Zeit für und mit Deutschland einen neuen, demokratischen und freiheitlichen Aufbruch gewagt hat, der wegweisende Ziele aufgezeigt und der wahrhaft Neues in Gang gesetzt hat.

Wenn wir heute an die herausragenden Leistungen dieses Mannes erinnern, dann können wir feststellen: Die Geschichte hat ihn in eindrucksvoller Weise bestätigt. Seine Vision eines friedlichen und vereinten Deutschlands inmitten eines immer enger zusammenwachsenden Europas ist Wirklichkeit geworden. Und auch seine Vision eines friedensstif-

tenden und auf Dauer vereinten Europas wird Wirklichkeit werden – wir arbeiten daran.

Diese Vision Konrad Adenauers ist die Vision der CDU. Es ist die Vision Helmut Kohls. Er führt Adenauers großes Werk fort, und er ist angetreten, es zu vollenden.

Freiheit und Verantwortung – das ist die Kurzformel für Adenauers gesamtes politisches Credo. Die unveräußerbare Würde jedes einzelnen Menschen und seine Einzigartigkeit als Geschöpf Gottes standen für Adenauer stets im Zentrum der Politik. Diese grundlegende Wertüberzeugung hat er selbst immer wieder eindringlich in Worte gefaßt – so auch wenige Wochen nach der Herforder Tagung, im März 1946, in seiner berühmten Grundsatzrede in der Kölner Universität: „Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert. [...] Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert des Menschen ist unersetzlich.“

Adenauers Leben und sein Handeln waren Ausdruck des christlichen Bekenntnisses zur Verantwortung des einzelnen gegenüber dem Staat und der Gemeinschaft.

Unsere

Elektronischen

Adressen:

● INTERNET

[http://www.](http://www.cdu.de)

[cdu.de](http://www.cdu.de)

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

Zum Tode von Rainer Haungs

Vor den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte deren Vorsitzender Wolfgang Schäuble:

Rainer Haungs ist uns allen ein guter Freund gewesen. Diejenigen, die enger mit ihm zusammen waren, wir Baden-Württemberger, die Wirtschaftspolitiker, die Verkehrspolitiker früher, die Mittelständler, wissen, daß er ein guter und verlässlicher Freund war. Er war ein ganz uneitel, unaufgeregter Mensch. Rankünen oder Tricks waren ihm völlig fremd. Dafür war er sehr geradlinig, sehr offen. Rainer Haungs wurde am 7. September 1943 in Lahr geboren. Lahr ist seine Heimat, dort ist er immer gewesen.

Er ist in Lahr in der Kommunalpolitik politisch aktiv geworden und 1983 als Nachfolger des auch zu früh verstorbenen Albert Burger im Wahlkreis Lahr-Emmendingen in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Seitdem gehörte er dem Bundestag und unserer Fraktion an. Als selbständiger Unternehmer hat seinen Betrieb auch in dieser Zeit immer weitergeführt.

Rainer Haungs war zuletzt unser wirtschaftspolitischer Sprecher. Er hat nach dem Urteil aller im politischen Raum, in unseren eigenen Reihen, bei unserem Koalitionspartner, bei der Opposition, in der wirtschaftlich interessierten Öffentlichkeit, bei den Verbänden, seine Arbeit sehr gut gemacht. Er wird uns fehlen, und es tut weh, wenn der Tod plötzlich so mitten in die Familie, mitten in den Alltag, mitten in die parlamentarische Arbeit einschlägt.

Er war verheiratet, er hat zwei Töchter. Die ältere ist in seinem Betrieb tätig, die jüngere studiert und war gestern abend dabei, als er starb. Seine Mutter lebt mit bei ihm zu Hause. Sein Bruder ist im vergangenen Jahr gestorben. So denken wir in dieser Stunde nicht nur an seine Frau und

seine Kinder, sondern auch an seine Mutter. Wir werden in seinem Sinne weiterarbeiten, und wir werden ihn nicht vergessen. Ich danke Ihnen!

Ernst Hinsken: Rainer Haungs war ein konsequenter Verfechter der Marktwirtschaft. Für seine politischen Ziele warb er mit Festigkeit, überlegt und mit innerer Gelassenheit. Seine stets auf Ausgleich



angelegte Arbeit wurde von den Kollegen aller Fraktionen hoch geschätzt. Als selbständiger Unternehmer waren ihm die Probleme der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstandes bestens bekannt. Gerade deshalb konnte er seine Erfahrungen aus dem beruflichen Alltag immer wieder in sein politisches Wirken einbringen

Friedhelm Ost: Rainer Haungs suchte stets den fairen Kompromiß über Partei-, Verbands- und Gruppeninteressen hinweg. Er erwarb damit Vertrauen und Ansehen als profiliertem Wirtschaftspolitiker und als Persönlichkeit, mit der wir gern zusammen gearbeitet haben.

Ernst Schwanhold, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: Rainer Haungs war in der Sache ein kompetenter und fairer Gesprächspartner, persönlich und menschlich ein liebenswerter und angenehmer Kollege. Seine herzliche und humorvolle Art, auf Menschen zuzugehen, wird uns fehlen.

Einladung zur Fördermitgliedschaft bei Frischluft e. V.

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e. V. wurde im Jahr 1989 gegründet. Als freier Träger der Jugendhilfe unterbreitet er vor allem Angebote im Bereich der Jugendarbeit. Daneben organisiert der Verband Jugendfreizeiten und Jugendbegegnungen. Die Angebote berücksichtigen dabei auch junge Familien.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Verbandes liegt in den jungen Bundesländern. Hier hat Frischluft schon im Frühjahr 1990 das Büro für demokratische Jugendarbeit im damaligen Ostteil Berlins gegründet und von dort den Aufbau demokratischer Jugendstrukturen in den jungen Bundesländern unterstützt.

Frischluft e. V. versteht sich als Teil der christlich-demokratischen Bewegung. Seine Arbeit basiert auf der Grundlage eines christlich geprägten Menschenbildes.

Die Arbeit von Frischluft e. V. ist zu einem wesentlichen Teil vom ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder abhängig. Dennoch benötigt auch Frischluft weitere Unterstützung und ist dafür auf Förderer angewiesen. Zu diesem Zweck besteht bei Frischluft e. V. die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. Fördermitglieder entrichten einen jährlichen Beitrag nach freier Wahl, mindestens jedoch 150 DM. Fördermitglieder erhalten regelmäßige Informationen über alle Angebote und Aktivitäten von Frischluft.

Zum Aufbau der Verbandsstrukturen in den jungen Bundesländern gibt es auch die

Möglichkeit von Sachspenden. Weitere Informationen dazu sind bei der Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e. V. Annaberger Straße 283 53175 Bonn Tel. (02 28) 31 00 23 Fax (02 28) 31 47 03, erhältlich.

Frischluft e. V. ist vom Finanzamt Bonn-Außenstadt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Der Verband ist für jede Unterstützung dankbar. Für Rückfragen steht der Geschäftsführer Arno Keiffer zur Verfügung.



- Ich möchte Frischluft e. V. durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Antrag zu.
- Ich möchte Frischluft e. V. mit einer Sachspende unterstützen. Bitte setzen Sie sich mit mir in Verbindung.
- Ich überweise in den nächsten Tagen eine Spende auf Ihr Konto 21000880 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) und bitte um Zusendung einer Spendenquittung.

Meine Anschrift:

Bitte abtrennen und senden an:
Frischluft e. V., Annaberger Str. 283
53175 Bonn, Tel. (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03

● **Rot-Grün
Blockadebündnis statt
Zukunftsmodell**

Die handstreichartige Wahl von Oskar Lafontaine zum Parteivorsitzenden der SPD hat die Verhältnisse in der Parteienlandschaft geklärt. Das "linke Lager" formiert sich. Die SPD setzt auf ein rotgrünes Bündnis, notfalls gestützt durch die Stimmen der linksradikalen PDS.

Die vorliegende Dokumentation untersucht deshalb alle rotgrünen Koalitionen, die derzeit in den Ländern regieren oder früher regiert haben und schon gescheitert sind.

Bestell-Nr.: 5125
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 14,- DM

● **Nie wieder Sozialismus?**
Die Ziele der SED-Fortsetzungspartei

Zum Grundkonsens der demokratischen Parteien gehört es, sowohl den Rechts- als auch den Linksradikalismus entschieden zu bekämpfen. Dieser Konsens ist einer der Garanten der politischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland.

Doch gerade dieser Grundkonsens wird von der PDS in Frage gestellt. Die vorliegende Dokumentation zeigt deshalb die wahren politischen Ziele der SED-Fortsetzungspartei PDS und, wie sie diese zu verschleiern versucht.

Bestell-Nr.: 5119
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 12,- DM

ROT-GRÜN:

**Blockadebündnis
statt
Zukunftsmodell**

**Eine Dokumentation
zu rot-grünen Koalitionen in den Ländern**

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Nie wieder Sozialismus?

Die Ziele der SED-Fortsetzungs-Partei

Eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS

• Nie wieder Sozialismus?

Bestell-Nr.: 5119

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 12,- DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 1164
33759 Versmold • Fax: 0 54 23/4 15 21
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

UiD

3/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~VVA~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.